

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzeln Nummern 1 Mark.

Verkehrs- und Versammlungs-Anzeigen kosten die siebengepostete Kolonialzelle oder deren Raum 25 Pfg., im reaktionellen Teil 1 Mk.
Geschäftsanzeigen werden nach Erlebigung der laufenden Aufträge nicht mehr aufgenommen.

Telephon-Nr. 98. **Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.** Telegramm-Adresse: **Minerverband Bochum.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Franz Pokorny, Bochum.**
Druck u. Verlag von **Hansmann & Co., Bochum, Biemelhauserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Das Grubenpferd.

Ein edles Roß, zu wild und ungeberdig
Vom Cilbury des Direktors, ward deshalb
Zum Grubenpferd degradiert und mußte
Die Kohlenwagen zieh'n im Kohlenjocht. —
Das edle Tier, an Licht und Luft gewöhnt
Vom Sonntag, verkümmerte — sein Fell,
Sonst weich und glatt, ward zottelig und wund
Ihm Kopf und Rücken vom Gestein der Decke,
Zu niedrig für seinen hohen Wuchs. —
Es mußte ziehen und es zog — die Geißel
Des Treibers brach den Troß ihm — aber mehr
Das Dunkel und die Moderluft des Schachtes. —
Ein Jammerdasein war's dem edlen Roß. —
Die Schläge fielen hageldicht, so bald
Der Wagenpark nicht schnell genug vom Schacht
Zum Schachte flog — ob schuldig oder nicht,
Des Treibers Zorn zerließ ihm den Rücken. —
Da — wieder traf sein armer Kopf der Schlag
Von roher Faust, wie's ihm so oft geschah —
Zerriff die Stränge es und stürmte fort,
Durch's Streckendunkel, sonder Halt und Ziel. —
Wur's Wut, Verzweiflung, Freiheitsdrang, wer künde't's —
Doch seiner Qualen Ende war's — man fand es,
Den Kopf zerschellt, in einem Wassertümpel. —

Ein Pferd nur, bah, ein Grubenpferd, und darum
So viele Worte — hör' ich Leser sprechen. —
Ja, nur ein Pferd — ihr habt mich nicht verstanden. —
B. R.

Zufame Volksbetrüger.

(Weitere lehrreiche Ausgrabungen.)

Das Dortmunder Zentrumsorgan, die „**Armonia**“, hat verbleibt,
daß wir auch einmal sie zur Charakterisierung der verfolgten Volks-
ausplünderer, der Zentrumsparlei, zitieren. Und zwar geben wir für
heute aus unserer Mappe zwei Auslassungen wieder, die in dem Zentrums-
organ in der Zeit des Wahlkampfes 1909/07 enthalten waren. Auf
Wunsch der „**Armonia**“ können wir ja später noch weitere Dokumente
ihrer unchristlichen Verlogenheit vorbringen. Fülle heute nur folgendes:
„Was hat denn die ganze Konstitution für einen Wert, wenn der
Reichstag nach der neuesten Willowschen Lehre nur dazu da sein soll,
für den Aufwand, den die allein verantwortliche Regierung eigenmächtig
bestimmt, die nötigen Millionen ohne Mateln und Heilschen
bedingungslos zu bewilligen? Das Recht steht auf dem Spiel,
da die Regierung sich zum Absolutismus vergangener Zeiten zurück-
gemauert hat und dafür selbst bei den Freisinnigen Unterstützung
findet. Nicht ohne Grund ist in den Wahlkreis der Satz eingeklagt:
„Das verfassungsmäßige Wahlrecht werden wir unentwegt hoch halten.“
Sollte das Volk in einer Augenblicksverbildung eine Kartell-
mehrheit in den Reichstag schicken, so hat es zum letzten Male
nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht gewählt.
Und dann ist auch der letzte Damm durchbrochen gegen neue
Steuern auf den Massenverbrauch, welche bisher das Zentrum
erfolgreich abgewehrt hat.“ („**Armonia**“, Nummer 398 vom
19. Dezember 1906.)

„Die Wähler werden in ihrer Mehrheit sich nicht täuschen lassen.
Es wird sich ja zeigen, ob das deutsche Volk seinen Reichstag,
der nach der Verfassung ein selbständiger, gleichberechtigter Faktor der
Gesetzgebung sein soll, zu einem Bewilligungsautomaten er-
niedrigen will. Es ist das Verdienst des kleinsten Zentrums-
auftrages, diese Frage recht klar und scharf den Wählern gestellt zu
haben, unter Beifügung des Hinweisens, daß nicht die allein verantwortliche
Regierung die Kosten bezahlen wird, sondern vielmehr das Volk
durch neue Steuern auf den Massenverbrauch für den
absolutistischen Staat aufkommen muß. Das Volk hat nichts
zu sagen, aber alles zu zahlen!“ („**Armonia**“, Nummer 399
vom 20. Dezember 1906.)

Nachdem die Finanzreform 1909 unter Dach und Fach gebracht
war, was die „**Rheinische Volkszeitung**“ mit einem „**Gott sei Dank!**“
beglückte, war es die „**Armonia**“, die aufstellte:

„Mit dem Zustandekommen der Reichsfinanzreform ist, was von
einer Seite bestritten werden kann, und was die Regierung noch am
Samstag durch den Mund des Stellvertreters des Reichsfinanz-
ausdrücklich erklären ließ, ein großes nationales Werk geschaffen
worden, und das Verdienst, dieses Werk zustande gebracht zu
haben, gebührt in erster Linie dem Zentrum. Die aus den
neuen Reichstagswahlen hervorgegangene Blockmehrheit hat sich als
unfähig erwiesen, diese große nationale Aufgabe zu erfüllen, obwohl
sie unter dem billigen Geschrei von Puppatrioten seinerzeit als die
Retterin der nationalen Aufgaben gefeiert war.“ („**Armonia**“, Nr. 191
vom 12. Juli 1909.)

So, mögen die Leser ihre Vergleiche zwischen Zentrumsworten
und Zentrumsstaten, wie sie sich auch aus obigen Auslassungen
widerpiegeln, selbst ziehen. Steuern, die den Besitz in Wirklichkeit treffen,
werden abgelehnt — und das aus Grund der sogenannten **Ums- oder
Verkehrssteuer**, wie sie die Zentrumsparlei treibt. Entweder, oder!
Geht die Regierung nicht von der Erbschaftsteuer ab,
dann kriegt du garnichts! Also eine Finanzreform ohne
Erbschaftsteuer, wohl aber mit ungeheuren Belastungssteuern für das
arbeitende Volk, dann find wir, das Zentrum bereit, das Werk zustande
zu bringen. Aber nur ein Werk der erweiterten Volksauszehrung.

Vor uns liegt die „**Deutsche Bergwerks-Zeitung**“ vom 25. Juli 1909.
Das Organ, das sonst nicht in dem Geruche allzu großer Arbeiterfreundlichkeit
leuchtet, — das unter die Scharfmacherorgane einzureihen ist, spricht sich
in einer Weise über die Folgen der Arbeiterbelastung durch die neuen
Steuern aus, wie mir es nicht erwartet haben. Das Organ schreibt:

„Die Lebenshaltung des deutschen Volkes ist in den letzten
zwei Jahrzehnten in geradezu bedenklichem Tempo, geradezu
sprunghaft verteuert worden. Die Mieten sind vielfach
verdoppelt worden, die Fleischpreise sind um die 80 bis 50
Prozent gestiegen, die anderen Lebensmittel sind in derselben Bahn
gefolgt. Jede Hausfrau wird und darüber an Hand ihres Haushalts-
buches Auskunft geben. Der August und die Annehmlichkeiten des
Lebens sind gleichfalls verteuert worden. Das Fahren auf der Eisen-
bahn und dem Dampfschiff, ja selbst auf der beschriebenen Trambahn
hat man mit Stempel und Steuern belastet. Dazu sind die
allgemeinen Lasten für Reich, Staat und Gemeinde
unvergleichlich gestiegen gegen die Zeit vor 20 Jahren.
Und nun diese abermalige, neue Belastung der Lebenshaltung,
nicht des Vermögens, um Milliarden in einer Zeit schlimmster
Depression und Angehts eines Winters, der schlimmer zu
werden droht, als der vorhergehende!
Auf wen wird diese Last mit verhängnisvoller Last zurückfallen?
Wen wird sie treffen? Welches werden die direkten, welches die in-
direkten Folgen sein?“

Ein Industrieorgan weist auf die traurigen Lebensverhältnisse der
Arbeiter hin, auf die Teuerung, auf den kommenden Winter, der das
schlimmste für die Industrie und Arbeiter befechten läßt. Trotzdem die
abermahlige neue Belastung der Lebenshaltung! Wenn die Bergknappen-
leute und die christlichen Gewerkschaftsführer solches lesen; muß ihnen
nicht die Schamröte ins Gesicht steigen? Ein Industrieorgan
erinnert im Interesse der Arbeiter daran, was die M.-Glabbacher Christen
verschwiegen! Für sie gibt es keine Not, dafür Hohn und Spott
den Hungernden! Wie wir an anderer Stelle dieser Zeitung dar-
legen, ist es der „**Bergknappe**“, der es als eine Unverschämtheit
bezeichnet, wenn die ausgepowerten, durch die neuen Steuern
belasteten und sogar arbeitslos gewordenen Arbeiter sich wehren!
Die bürgerlichen Parteien, so schreibt das christliche Bergarbeiter-
organ, können in Steuerfragen beschließen was sie wollen. Die
bürgerlichen Parteien haben also nach dem „**Bergknappen**“ völlig recht
gehandelt, als sie 1/4 der Steuern auf die breite Masse, 1/3 auf Handel
und Gewerbe und 0,0 als wirkliche Besitzern beschloßen. Wer das
nicht glaubt, lese den Leitartikel des letzten „**Bergknappen**“, der allezeit
ein Dokument der Schande für die Bergarbeiterbewegung bilden wird.
Nur frecher Fanatismus und tödlicher Haß konnten
dem christlichen Artikelschreiber zu solchen arbeiterfeindlichen Hohn die
Feder führen! Hui Teufel! Die Scharfmacherorgane überbieten in
Arbeiterfeindlichkeit den „**Bergknappen**“! So mußte es noch kommen.
Vielleicht, daß jetzt die christlich-organisierten Bergarbeiter anfangen, sich
ihrer Führerschaft zu schämen!

Der Zentrumsabgeordnete und Führer der katholischen Arbeitervereine
(Ely Berlin) Herr Dr. Fleischer hat in seinem Wahlkreis (Reichenbach-
Neurode in Schlesien) eine Rechtfertigungstournee vorgenommen, deren
Beginn ihn lübel bekommen ist. Wir lesen darüber:

„Schon in Wilschburg rüdten ihm seine eigenen Getreuen
auf den Pelz. Nicht ein Sozialdemokrat, sondern ein **Vrauer** er-
beißer des Ortes, setzte ihm sein volksfeindliches Benehmen aus-
einander. Auch bezüglich der Erbschaftsteuer war man in der
Versammlung nicht gut zu sprechen. Als das Thema gestreift wurde,
wurden Zwischenrufe laut, daß man bei einer Erbschaft von
20 000 Mk. ganz gern Erbschaftsteuer bezahlen wolle! Ein
weiterer Diskussionsredner wandte sich gegen verschiedene Artikel in
dem Zentrumsblatt „**Arbeiter**“ und bemerkte, daß die nächste Wahl
zeigen müßte, daß ein großer Teil der Zentrumswähler anders denke,
als die Fraktion.“

Doch das war nur des Vorspiel. Besser noch gaben es diesem
Abgeordneten die Weber in dem industriellen Reichenbach. Wohl
an tausend Personen hatten sich dort eingefunden, um den Redenschafts-
bericht des Abgeordneten entgegenzunehmen. Dr. Fleischer verfuhr
in dreistündiger Rede die Grundzüge der Zentrumspolitik bei der
Reichsfinanzreform, sowie sein eigenes Verhalten zur Steuerfrage und
gegenüber den Beamten und Arbeitern zu verteidigen. Widerspruch
und Ärm unterbrechen ihn häufig, zumal wenn er sich gegen die
Liberalen und gegen die Sozialdemokraten wandte. In der Diskussion
trat ihm als erster Redner der Sozialdemokrat Kühn, der ehemalige
Abgeordnete des Wahlkreises, in längeren Ausführungen, die starken
Beifall fanden, entgegen. Nachdem dann Hotelbesitzer Tesche im
Namen der Mittelstandspartei das Verhalten des Zentrums gezeichnet,
erhielt das Wort **Fabrikbesitzer Bruno Cohn**, welcher dem Zentrum
sowie seinem hiesigen Abgeordneten Dr. Fleischer äußerst scharf zu
Rede ging. Redner wies darauf hin, daß sogar die Reichen,
die doch fast allein die Lasten zu tragen gehabt haben
würden, ohne weiteres die Erbschaftsteuer akzeptiert
hätten (?) und erklärte unter dem tosenden Beifall
des ganzen Saales, daß der Abg. Dr. Fleischer in
einem dem Willen seiner Wähler entgegenstehenden,
volksfeindlichen Sinne sein Mandat ausgeführt
habe. Zum Schluß beantragte er Abstimmung darüber,
ob Herr Dr. Fleischer das Vertrauen seiner Wähler
noch besitze. Ein wahrer Beifallssturm brach daraufhin
los, an dem wohl alle katholischen Arbeiter teil-
nahmen. Ehe sich der Beifallssturm noch gelegt und der Antrag
zur Abstimmung hätte kommen können, schloß der Versammlungs-
leiter eiligst die für die Zentrumsparlei so un-
glücklich abgelaufene Versammlung und Herr Fleischer
verduftete sich — leider nicht als Abgeordneter aus seinem Wahlkreise,
sondern nur aus der Versammlung.

Jetzt verzieht sich Herr Dr. Fleischer nur noch in geschlossene Zentrums-
kontentikel zurück. Anhängern anderer Parteien wird da der Zutritt
verboten.

Wie die Wähler im Reiche die Reichsfinanzreform auf-
nehmen, beweisen die Wahlen, die nach Bewilligung der neuen Steuern
stattfanden, gleichgültig ob diese Wahlen politischer oder gewerkschaftlicher
Natur waren. Bei den politischen Wahlen gewann die Sozialdemokratie
den geradezu ländlichen Wahlkreis in der Pfalz Neustadt-Landau
und beinahe hätte sie diesen Kreis auch bei der Wahl zum bayerischen
Abgeordnetenhaus erobert. Die Liberalen und das Zentrum verloren
gewaltig an Stimmenzahl, während die Sozialdemokraten ihre Stimmen-
zahl um mehrere Tausend vermehrten. Bei der jetzt vorgenommenen
Reichstagswahl in Stolberg-Schneeberg erzielten die Sozial-
demokraten gleichfalls einen Zuwachs von mehr als 2000 Stimmen,
während die vereinigten bürgerlichen Parteien mehr als 5000
Stimmen verloren. Volksgericht ist Gottesgericht! Das wird sich
im Jahre 1912 noch besser zeigen.

Der „Bergknappe“ in bengalischer Beleuchtung.

Sätten wir zu sagen, der letzte „**Bergknappe**“ müßte in
Millionen Exemplaren unter die deutsche Arbeiterschaft verbreitet
werden. Bringt er doch einen sehr auffallenden, nahezu die beiden
ersten Seiten ausfüllenden Artikel, der ganz dazu angetan ist, um
zu zeigen, wie August Brust recht gehabt hat, als er von den
führenden christlichen Gewerkschaftsstrategen schrieb, daß sie das
Publikum nicht erfinden hätten! So ist es, denn was wir da im
„**Bergknappen**“ über die „**Bergarbeiter und Sozialdemokratie**“
lesen, das ist ein verstärkter Ausguß von dem, was August Brust
in frühlichen Stunden seinen Lesern bot und was ihn mit seiner
Hakenfeder uns und anderen so lieb und teuer machte. Nur mit
dem Unterschied: August Brust war entschieden im Vorteil gegenüber
seinen Verdrängern im Gewerksverein; im Vorteil da, was man
Konsequenz und Witz nennt. Weht man aber von dem Standpunkt
aus, daß die unfreiwilligen Wege die besten sind, dann mag schließlich
dieser und jener christliche Gewerkschaftsstrategie dem August über-
legen sein. Doch zur Sache.

Seit Wochen bringt die „**Bergarbeiter-Zeitung**“ den Beweis
immer wieder, in welcher volksfeindlicher Weise die letzte Reichsfinanz-
reform zustande gekommen ist und welche Parteien es waren, die
hierbei rückwärts los und in brutaler Weise das arbeitende
Volk auspowerten zu dem Zweck, die bestehende Klasse, vornehmlich
die Junker zu schonen. Und wir stellen fest, wie bei diesem Ausguß
auf die Taten des arbeitenden Volkes christliche Gewerkschaftsführer,
vornehmlich die christlichen Arbeiterabgeordneten, getreulich mithalfen
das arbeitende Volk auszuplündern. Und ferner wiesen wir darauf
hin, wie man sich im christlichen Gewerkschaftslager eifrig bemühte,
die christliche Arbeiterschaft in der Frage der Folgen der neuen
Steuern gründlichst einzufleischen, was ja jetzt noch fortgesetzt geschieht.
Nach den kleinen Notizen, wie sie hier und da in letzter Zeit im
„**Bergknappen**“ erschienen, entnahm man schon, wie ungemühtlich
unsere Artikel dem christlichen Gewerkschaftsorgan wurden. Und
man konnte die Stunde im Voraus erwarten, wann dem „**Berg-
knappen**“ die Galle überlaufen würde. Wir mühten unsere Papp-
seiner nicht kennen, um einzusehen, daß wir in der Tat auf den
Artikel gewartet haben, wie er jetzt im letzten „**Bergknappen**“
erschien ist. Über unsere Erwartungen sind insofern übertraffen, als
der „**Bergknappe**“ in recht offener Weise offenbart, was er ist. Und
er zeigt uns weiter, wie schnell gewisse Menschen es vergessen können,
daß auch sie einst Arbeiter waren und ihr Brot oft in Entbehrung
mit anderen zu teilen hatten. Freilich, heute scheint ihnen die
Sonne Wohlgefällig — oder auch nicht — freuden sich ihnen die
aristokratischen Hände reicher Nichtstuer entgegen. Die christlichen
Gewerkschaftsführer haben der letzteren Geschäfte ja allzugut besorgt.

Was schert's, wenn in tausenden und aber tausenden Arbeiter-
familien Not und Elend einkehrt, weil ihnen die junkerlich-zentrierte
Finanzreform Brot und Arbeit raubte. Warum sollen sich christliche
Gewerkschaftsführer darum den Kopf zerbrechen, daß die deutsche
Arbeiterschaft unter schweren Opfern und mühseligen Kämpfen nachher
erobert muß, was ihnen eine christlich-gewerkschaftlich-junkerliche
Koalition vom Tisch raubte. Ohne Kämpfe wird es ja zu einem
Ausgleich der durch die neuen Steuern verursachten Mehrausgaben
und den notwendigen Einnahmen nicht kommen. Sätten die
christlichen Gewerkschaftsführer ein gewerkschaftliches
Gewissen, wären sie Christen, wie sie es vorgeben,
wären sie Menschen und Arbeiter, die proletarische
Empfinden ihr eigen nennen, sie mühten sich ihrer
Haltung schämen, die sie bisher bei der Volksaus-
plünderung eingenommen haben.

Wo wir auch hinschauen, seien es Arbeiterversammlungen, sei
es die christlichen Arbeiter. Kein Wort der Verurteilung
dafür, daß das arbeitende Volk jetzt in noch
höherem Maße wie bisher unter der Last indirekter
Steuern zu bluten und zu leiden hat! Kein Wort der
Verurteilung laßen wir hierüber auch im „**Bergknappen**“. Nein,
zu dem Elend trägt er Hohn hinzu. Haben wir doch gezeigt, wie
der „**Bergknappe**“ noch kürzlich den Arbeitern weiß zu machen ver-
suchte, hohe Großhandelspreise hätten keinen Einfluß
auf die Detailpreise! Als wir dem „**Bergknappen**“ das
Gegenteil bewiesen, schwiegen sich die Schriftleiter zunächst aus, um
jetzt mit einem Schläge zu offenbaren, daß sie als Volksver-
räter von uns richtig eingeschätzt waren.

Der „**Bergknappen**“-artikel, wie er vor uns liegt, ist nichts
weiter als eine Verhöhnung der Arbeiterschaft und eine
Verächtlichmachung derjenigen Leute, die den Mut und die
Ueberzeugung fundgeben, wie es sich einer solchen zentriertlich-
junkerlichen Skandal- und Schandpolitik gegenüber gehört.

Weil die „**Bergarbeiter-Zeitung**“ sich des Glanzes armer auf
Straßenpflaster geworfener Tabakarbeiter annahm, weil sie die
Armut schützte, sich gegen die brutale Volksausplünderung wehrte,
opfert der „**Bergknappe**“ zwei Seiten, um zu seinem bisher
ausgeübten „christlichen“ Volksbetrug neuen Volksbetrug anzuhäufen.
Es ist gut, daß der „**Bergknappe**“ in plumpster Weise an dieses
sein Handwerk herangeht.

Was sagen die Arbeiter dazu, wenn ein Organ uns
Unverschämtheit vorwirft, weil wir für eine gerechte Ver-
teilung der Steuern vortreten? Diese „Unverschämtheit“ wirft uns
der „**Bergknappe**“ vor.

In Wirklichkeit hätten die Sozialdemokraten, worunter der
„**Bergknappe**“ auch uns meint, am wenigsten Veranlassung, ja nicht
einmal das Recht, sich über die Reichsfinanzreform aufzuregen!
Es sei vollständig berechtigt, wenn die Zentrums-
parlei die Junker bei der Aufbringung der Mittel zur
Erhaltung des Staates den Besitz entlasteten und die
Armut belasteten! Das steht in einem Arbeiterorgan, das
Bergarbeiterinteressen vorgibt zu vertreten, im — „**Bergknappen**“!
Wir lesen da:

„Wenn die Angehörigen der verschiedenen bürgerlichen Parteien,
die auf dem Boden der heutigen Staatsordnung stehen und bereit
sind dem Staat die für sein Bestehen und die Lösung der ihm
zustehenden Aufgaben notwendigen Mittel zu bewilligen, aber die
Art der Aufbringung verschiedener Meinung sind und
diese ehrlich äußern, so ist das berechtigt!“

Na also, was ist da noch zu streiten. Die schlimmste
Volksausplünderung hat den Segen des christlichen

Gewerksvereins bekommen. Warum das Volk schonen, wenn ein Arbeiterorgan herkommt und es für berechtigt erklärt, wenn sich die bürgerlichen Parteien die Steuern zur Erhaltung des Staates zu suchen, wie sie wollen. Das hast du gut gemacht, „Vergknappe“! Die Verbrecher am arbeitenden Volke werden dir danken!

Aber der „Vergknappe“ geht noch weiter. Er wleift der Sozialdemokratie und mit ihnen uns vor, wir wollten die gegenwärtige Staatsordnung beseitigen. Will sie der „Vergknappe“ mit dem ganzen Schmutz und Laster und Unkultur etwa erhalten wünscheln? Doch darüber zu streiten ist heute müßig. Der „Vergknappe“ meint:

„Es ist deshalb (weil wir den letzten Staat beseitigen und die Mittel für ihn nicht bewilligen wollen), gefunde gesagt, eine Unverschämtheit, wenn die Sozialdemokraten sich in der Weise, wie geschehen, mit den Finanzfragen beschäftigen. **Gewiss unverschämte ist es auch, wenn die Sozialdemokratie Forderungen an den Staat stellt. Sie hat durch ihre Haltung das Recht hierzu verwirkt!** Man muß sich noch wundern, daß noch so viele Arbeiter das Geschrei der Sozialdemokratie über Volksausbeutung und ihre Forderungen an den Staat ernst nehmen!“

Das steht nicht in der „Post“ oder in irgend einem der berechtigten Scharfmacherorgane, das steht im „Vergknappen“. Unverschämte nennt es das Organ, wenn wir uns mit der Finanzreform beschäftigen, und unverschämte nennt das christliche Organ unser Vorgehen mit Forderungen an den Staat! Das „christliche“ Organ weiß nicht, daß es damit seinen eigenen Verherrlichung ins Gesicht verweist, und nicht nur diesen, sondern der ganzen Arbeiterklasse!

Wir sollen uns nicht mit der Finanzreform befassen. O, wir wären es zufrieden, wenn man dann auch von uns nicht verlangte, die Kosten der Finanzreform zu tragen. Aber zahlen sollen wir, ständig zahlen, und die christlichen Arbeiter zahlen mit! Das vom „Vergknappen“ aber gelehrte politische Faustrecht besagt, daß die Zahlenden zu schweigen haben. Wie hieß es doch einmal in der „Post“? „Die deutschen Arbeiter sollen froh sein, daß sie den Schmutz des Staates genießen, sollen froh sein, daß sie sich noch satt essen können.“

Der „Vergknappe“ lehnt sogar das ab, was die „Post“ den Arbeitern gönnt. Arbeiter, die zahlen, haben nach seiner Meinung nicht nur den Mund zu halten; sie sind unverschämte, wenn sie Forderungen dafür an den Staat stellen! So etwas hat der August Brüst dem doch noch nicht geschrieben, diese Gesinnung war seinen Nachfolgern vorbehalten —

Wenn wir Vergarbeiter-schutz verlangen, gesetzliche Regelung unserer Arbeitsverhältnisse, wenn wir Kulturaufgaben wünschen, statt Mord, Brand, Knechtung der Menschen; wenn wir statt Brutalität Menschlichkeit verlangen, dann ist das eine Unverschämtheit! Aber zahlen sollen die Arbeiter, daß ihnen die Schwarte knackt. So will es der „Vergknappe“, der ja mit seinem Gewerksverein nur dann erscheinungsfähig sein kann, wenn er sich die Forderungen des Vergarbeiterverbandes zu eigen macht. Es scheint so, als täte es den christlichen Gewerksvereinsführern sehr leid, daß sie überhaupt mit uns Vergarbeiterforderungen hat vertreten müssen. Die Verechthigung, an den heutigen Staat Forderungen zu stellen, hat wohl nach dem „Vergknappen“ nur derjenige, der das arbeitende Volk beschützt, es durch indirekte Steuern auszusaugen hilft? Die Verechthigung, Forderungen zu stellen, hat nicht die Ehrlichkeit, nur die verlumpte Gesinnung ausgekochter Arbeiterverräter! Ist das nicht so, „Vergknappe“? Doch überlassen wir es den Kameraden, eine solche Arbeitervertretung durch ein christliches Gewerkschaftsorgan zu würdigen.

Um nun zu zeigen, warum sich der Gewerksverein der Zentrumsparthei mit Haut und Haaren verschreiben muß, kommt der „Vergknappe“ her und entledigt sich aller bisher noch erhablichsten Neutralität und schleppt den bekannten Münchener Gladbacher Zitatensack herbei, unbekümmert um den Schwindel, den er enthält, unbekümmert darum, daß sich das christliche Gewerkschaftsorgan mit der Auspackung des Sackes den Flüch der Lächerlichkeit ausliefert, unbekümmert auch darum, ob der Zitatensack überhaupt eine Kritik verträgt. Der „Vergknappe“ weiß, daß wir ihn schon früher oft genug auf seine hervorgehobenen Zitate diese Antwort gegeben haben, und daß er dann zu schweigen mußte, wenn wir ihn mit der Karbatsche nach Gebühr züchtigten.

Wenn man schon für die Zentrumsparthei werben will, dann sollte man doch klügere Gründe ins Feld führen, wie es durch Anführung der so oft verurteilten Zitate aus dem Münchener-Glabbacher Sack geschieht. So wird man den infamen zentrumlichen Volksbetrug und die Volksausplünderung nicht verteidigen, wie es der „Vergknappe“ macht. Benützens nicht, ohne als Mitschuldiger an dem Raubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes dazustehen. Doch das sagen wir: „Dem „Vergknappen“ dürften ob seines Artikels noch manche böse Stunden kommen, und vielleicht kommt ihm selbst dann auch bald die Erkenntnis, daß man solche Anschuldigungen, wie wir sie gegen die schwarzen Volksverräter vorgebracht haben, nicht aus der Welt schimpfen kann. Wenn der „Vergknappe“ das doch meint, dann freilich besteht das Urteil Brüst über die christlichen Gewerksvereinsstrategen immer noch zu Recht, nämlich das Urteil, daß die christliche Gewerksvereinsleitung das Pulver in der Welt nicht erfunden habe.“

Der „Vergknappe“ und die Sozialdemokratie!

Der „Vergknappe“ gibt in seiner letzten Nummer bekannt, warum er sich mit Haut und Haaren der Zentrumsparthei verschrieben hat, warum er gegen die Verdräterei dieser Partei kein Sterbenswörtchen zu sagen weiß und warum er die Sozialdemokratie bekümmert muß.

Zunächst behilft sich der „Vergknappe“ mit der Veröffentlichung einiger Zitate, die er der M-Glabbacher Zitatensacke verdankt. Das er unsere Feststellungen über die Zentrumsparthei, über deren Stellung zu den von uns in den letzten Wochen angezogenen und kritisierten Steuerfragen zu widerlegen versucht, fällt ihm garnicht ein. Der „Vergknappe“ geht jedesmal von dem ganz richtigen Standpunkt aus, daß sich die Haltung der Zentrumsparthei zu den indirekten Steuern garnicht rechtfertigen und verteidigen läßt. Vor dem arbeiterverräterischen Handeln der Zentrumsparthei bei der letzten Finanzreform bleibt der „Vergknappe“ darum stehen, daß die Wange vor dem Petroleumstrich! Nur keine Kritik, dafür nur sinnliches und blödsinniges Geschimpfe auf die Sozialdemokratie. Als ob damit die Folgen der neuen Steuern aus der Welt geschafft werden könnten? Das geschieht nicht einmal durch das Kommando der „Vergknappen“ an Millionen deutsche Arbeiter, sich nicht zu machen, da die bürgerlichen Parteien berechtigt wären, die Sozialdemokratie zu anzuschauen, wie es geschehen ist und trotzdem der „Vergknappe“ die Kritik von Millionen Arbeitern an der Finanzreform unverschämtheit zu nennen beliebt!

Wir haben die Haltung bezug. die Gesamtstellung der Zentrumsparthei, haben gezeigt, was diese Partei bis vor der Finanzreform dem Volke versprochen und wie sie nachher das Volk betrogen und belogen hat. Und wir zeigten fortgesetzt, wie diese Partei in den großen Schwundelnetzen sich ans der für sie so gefährlichen Situation herauszulassen beabsichtigt ist. Das hat den „Vergknappen“ fastbitter geärgert. Darum geht er hin und sucht

das ihm feindliche Lager ab, ob seiner sich nicht hier und da was erbarnt. Und er ist froh, wenn er aus dem berücksichtigten Zitatensack ein Zitat von diesem oder jenem Sozialdemokraten erhascht hat. Das Zitat ist ihm die Waffe, das er nun gegen die sozialistisch denkenden Arbeiter bezug. gegen uns schwingt. Fürchterliche Reue-schläge sollen es sein, aber es sind in Wirklichkeit längst ausgepustete Eier, womit uns der „Vergknappe“ zu treffen sucht.

Eine Kulturbewegung, wie die sozialdemokratische, mit Zitate bekämpfen zu wollen, steht den Prinzipien des christlichen Gewerksvereins und dessen Organ ganz ähnlich. Nichts verstanden und nichts hinzugelernetzt, das ist das Prädikat, das die christlichen Herrschaften für sich in Anspruch nehmen können. Sonst müßten sie wissen, daß man auf die Sozialdemokratie schon gerade so blödsinnig geschimpft hat, als sie erst nur wenige Anhänger zählte und daß diese Beschimpfungen nicht verhindert haben, der Sozialdemokratie heute viele Millionen Anhänger in allen Kulturstaaen und in allen Gesellschaftskreisen zu verschaffen. Will der „Vergknappe“ etwa mit seinem blödsinnigen Geschimpfe den Sozialismus jetzt aufhalten? Wenn ja, dann sind die „Vergknappen“-Leute reif für's Freizeital!

Der „Vergknappe“ greift auch nach Worten, die innerhalb der sozialdemokratischen Partei im Kampf der Meinungen gefallen sind. Was braucht das christliche Organ zu wissen, daß bei jeder Volksbewegung verschiedene Strömungen vorhanden sind, Menschen, die sich über die Mittel und Wege, die zum Zweck bezug. zum Ziel führen sollen, streiten werden. Oder glaubt uns der „Vergknappe“ plausibel machen zu können, daß im christlichen Gewerksverein allein die Vergknappenweisheit das unfehlbare Organisationsdogma bildet? Das wäre schlimm für die christlichen Vergarbeiter. Wieviel widersprechende Meinungen hat der „Vergknappe“ schon selbst ausgekramt und wievielmals wurde ihm von eigenen Genossen dafür auf's Maul geschlagen? Also das Organ, das heute hott und morgen hit zu schreiben pflegt, will den Sozialismus töten, weil es in dieser Volksbewegung Meinungsverschiedenheiten in verschiedenen Fragen gibt. **Sah macht blödsinnig!** Das trifft auf die „Vergknappen“-Leute zu. Über alles soll uns democh nicht abhalten, zu zeigen, wie die 50—60000 christliche Gewerksvereinsmitglieder von ihrem Zentrorgan ertragen werden. Wir schenken darum dem „Vergknappen“ die Zitate und wollen uns dafür mit einigen Unwahrheiten abgeben, wie sie den christlichen Vergarbeitern vom „Vergknappen“ aufgesetzt werden. Oberflächlich soll es ja scheinen, als ob es Wahrheiten sind, die der „Vergknappe“ da seinen Lesern erzählt, aber es geht ihm, wie dem König Midas, dem alles zu Gold wurde, was er in die Hand bekam, Steine, Brot, Wasser und alles. Dem „Vergknappen“ wird die Wahrheit zur Unwahrheit, sobald er die erstere zu beurteilen und zu deuteln hat. So geht es ihm auch mit den Vorwürfen, daß die Sozialdemokratie im Reichstag gegen die Versicherungsgeetze gestimmt habe, gegen den Arbeiterschutz usw. Der „Vergknappe“ führt als Beweis einige Abstimmmungen an.

Was die Sozialdemokraten im Reichstag getan haben und wofür sie eintreten, aber was ihnen die bürgerlichen Parteien zuzichte machten, dafür folgende Tatsachen.

1867. Erster sozialdemokratischer Arbeiterschutz-Gesetzentwurf (Zehnstundentag usw.) im norddeutschen Reichstag; wurde infolge der Interesslosigkeit der bürgerlichen Parteien nicht zur Verhandlung gestellt.

1877. Sozialdemokratischer Arbeiterschutz-Gesetzentwurf (Zehnstundentag, für Frauen und Jugendliche Nachmittagsruhe, Verbot der Nachtarbeit und Sonntagsarbeit, Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren, obligatorische Gewerbegeichte, Reichsarbeitsinspektoren usw.) infolge Interesslosigkeit und Feindseligkeit der bürgerlichen Parteien unerledigt geblieben.

1878. Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie von den bürgerlichen Parteien beschloffen. Höhe und Verbrauchssteuer in Höhe von 285/2 Millionen Mark durch die bürgerlichen Parteien beschloffen.

1884. Sozialdemokratische Verbesserungsanträge zum Krankenversicherungsgesetz von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

1884. Sozialdemokratischer Arbeiterschutz-Entwurf (ähnlich den Forderungen von 1877) infolge der Interesslosigkeit und Feindseligkeit der bürgerlichen Parteien unerledigt geblieben.

1884. Sozialdemokratische Verbesserungsanträge zum Unfallversicherungsgesetz durch die bürgerlichen Parteien abgelehnt.

1889/91. Sozialdemokratische Verbesserungsanträge zum Alters- und Invalidenversicherungsgesetz durch die bürgerlichen Parteien abgelehnt.

1890/91. Sozialdemokratische Arbeiterschutzanträge zur Gewerbe-novelle, insbesondere: Unmäßliche Verkürzung der Arbeitszeit bis auf acht Stunden; von allen bürgerlichen Parteien zu Fall gebracht.

1891. Sozialdemokratischer Antrag: Zehnstündiger Arbeitstag für Frauen — abgelehnt.

1891. Sozialdemokratischer Antrag: Schutz der nicht in Fabriken beschäftigten Kinder — abgelehnt.

1896. Sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung der Salzsteuer. Abgelehnt durch Konservative, Zentrum, Nationalliberale, Antikemmer. Kultur der Konservativen gegen den wüthigen Schutz der Bäcker-arbeiter.

1897. Sozialdemokratischer Arbeiterschutz-Entwurf. Achttundentag für alle Arbeiter im Gewerbe, Industrie, Handels- und Verkehrswesen. Von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt.

1898. Sozialdemokratischer Antrag auf Einführung einer progressiven Reichs-Einkommensteuer auf Einkommen über 6000 Mk., aus welcher der Mechtbedarf der Marine über 17/2 Millionen Mk. pro Jahr gedeckt werden soll. Von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

1899. Zuchtstrafgesetz zur völligen Vernichtung des Koalitions-rechtes der Arbeiter, insbesondere von Konservativen, teils auch von Nationalliberalen eifrig beschworret. Nur durch erregte Gegenbewegung der Arbeiterschaft verhindert.

1899. Sozialdemokratische Anträge auf Verbesserung und Sicherung des Koalitionsrechtes, Ausdehnung auf Landarbeiter, Seelente, Arbeiter in staatlichen Betrieben, Dienstboten, Sicherstellung gegen die landesgesetzlichen Vereinigsgesetze; Strafandrohung gegen Unternehmern, welche Ausübung des Koalitionsrechtes verhindern.

Alles von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

1900. Sozialdemokratischer Antrag zum Handlungsgehilfenschutz auf Schutz der offenen Verkaufsstellen von abends 8 Uhr bis morgens 6 Uhr abgelehnt.

1900 folgte sozialdemokratische Aufstansinterpellation; gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit, Arbeitslosenunterstützung gefordert. Völliges Verlangen der bürgerlichen Parteien.

1900 folgten sozialdemokratische Anträge und Gesetzentwürfe. Zehnstundentag und weitere Verkürzung bis auf acht Stunden; Reichs-arbeitsamt; Verbesserung der Gewerbegeichte, Gesetz zur Regelung des Wohnungswesens, Schulbestimmungen für Arbeiterinnen, Schwangere und Wöchnerinnen, Freies Vereins- und Koalitionsrecht; Reichsberg-gesetz; Bis auf geringe Kleinigkeiten alles durch die bürgerlichen Mehr-heitsparteien verhindert, bezug. nicht zur Beratung zugelassen, da Vot-wahrgesetze usw. die Zeit ausfüllten!

1900. Sozialdemokratischer Antrag: Mechtlojen der Flottenanlage durch Reichseinkommensteuer zu decken. Von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

1902. Sozialdemokratische Resolution zum Stat. Zehnstundentag usw. (wie Antrag von 1900). Ausgestaltung der Fabrikarbeitszeit, Heranziehung von Gewählten der Arbeiter und Ausdehnung auf Heimarbeit, Landwirtschaft. Von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Damit ist selbstverständlich die sozialpolitische Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei nicht erschöpft, aber schon aus obigem ersieht die Kameraden, zu was der „Vergknappe“ sich herabwürdigt, wenn er in die Welt schreibt, die Sozialdemokratie habe für die Arbeiter nichts getan. Nein, die sozialdemokratischen Forderungen in der Arbeiterschutzgesetzgebung wie der Arbeiterversicherung werden selbst von den christlichen Gewerkschaften heute als berechtigte Forderungen aller Arbeiter hingestellt.

Und die Partei, die mithilfe, diese Forderungen zu unterdrücken oder die zu den einzelnen Anträgen vielfach Verzichtserklärungen-Änträge stellte, heißt Zentrum! Der „Vergknappe“ aber hat kein Wort des Tadelns für eine solche Haltung. Weil die bürger-

lichen Parteien die Anträge der Sozialdemokraten unter dem Tisch trampelten, darum wird die Sozialdemokratie vom „Vergknappen“ beschimpft und verhöhnt. Um das tun zu können muß er aber vorerst die Wahrheit vergewaltigen.

Doch, weil uns der „Vergknappe“ nun einmal herausgefordert hat, wollen wir gleichfalls die Gelegenheit benutzen, um zu zeigen, welche Rolle die Zentrumsparthei, die zu jenen der „Vergknappe“ für seine Pflicht hält, in der Versicherungsgeetze-ggebung gespielt hat.

Das Zentrum stimmte bei dem Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsgesetz auch solche Anträge nieder, die noch heute als sogenannte sozialpolitische Ziele der christlichen Gewerkschaften gelten! Das Zentrum stimmte nieder beim Krankenversicherungsgesetz:

1. daß die Versicherung auf alle Arbeiter, Handwerker und Kleinbauern ausgedehnt werde;
2. daß vom Beginn der Erwerbsunfähigkeit an Krankengeld bezahlt werde;
3. daß das Krankengeld für die ganze Dauer der Erwerbsunfähigkeit bezahlt werde;
4. daß das Krankengeld die Höhe 3 ortsüblichen Tagelohnes und für Verheiratete mindestens 2 wlt betrage;
5. daß eine einheitliche Organisation für die Versicherung geschaffen werde.

Es lehnte bei der Unfallversicherung ab:

1. daß alle Arbeiter versichert werden;
2. daß die Verletzten in den ersten 18 Wochen ärztliche Hilfe und Rente auf Kosten der Unfallversicherung erhalten;
3. daß durch die Rente der verlorene Arbeitsverdienst voll ersetzt werde;
4. daß den Witwen gebühter Arbeiter eine Rente in Höhe von 50 Prozent des Arbeitsverdienstes gegeben werde;
5. daß Arbeiterausschüsse bei der Verwaltung mitwirken.

Bei der Alters- und Invaliditätsversicherung lehnte es ab:

1. daß alle Arbeiter, auch die Heimarbeiter, die kleinen Handwerker und Kleinbauern versichert werden;
2. daß vom 60. Lebensjahre ab Altersrente gezahlt werde;
3. daß das Reich einen Zuschuß von 90 Wlt. zu jeder Rente zahlt;
4. daß die Beiträge für die Versicherten nicht weniger als 650 Wlt. Einkommen jährlich aus öffentlichen Mitteln gebeit werden;
5. daß die Klasseneinteilung nach dem wirklichen Arbeitsverdienst erfolgt;
6. daß die Versicherten Invalidenrente erhalten, die nicht mehr die Hälfte ihres früheren Einkommens erwerben können;
7. daß Kranken von dem Tage an, wenn sie kein Krankengeld mehr erhalten, Invalidenrente gezahlt werde;
8. daß die Invalidenrente mindestens 80 Proz. des früheren Einkommens betragen solle;
9. daß Krankheitsbeschäftigungsvorschriften zu erlassen sind;
10. daß eine einheitliche Organisation für das ganze Reich geschaffen wurde.

Dieselbe Taktik des Absehens wurde von den vom Zentrum und den heutigen Blockparteiern auch nach dem besetzt, als schon an den Rechnungsergebnissen der finanzielle Erfolg von Verbesserungen genau nachgewiesen werden konnte.

Nach 1892 und 1893 stimmten sie gegen die Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle Arbeiter, 1892 dagegen, daß für die ersten drei Tage Krankengeld und bei lang andauernder Krankheit für ein volles Jahr; also bis zu dem Termin, wenn der Kranke Anspruch auf Invalidenrente erlangt, Krankengeld gezahlt werde. Sie stimmten 1899 dagegen, daß die Arbeitervertreter und die von den Versicherten zu wählenden Beisitzer zu den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts gewählt werden. Obwohl sehr viele Anträge schon deshalb abgelehnt wurden, weil sie von Sozialdemokraten gestellt sind, gibt es doch keine Partei, aus deren Initiative un-amüßend so viel Verbesserungen der Versicherungsgeetze herausgegangen sind, als aus dem Eingreifen der Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokraten stellten diese Forderungen, die gewiß nicht ungerecht waren; als man sie democh ablehnte, stimmten die Sozialdemokraten gegen diese Gesetze, um besseren Gesetzen die Bahn zu ebnen!! Hätten im Jahre 1907 die Mehrheitsparteien-ältesten dem ersten, zweiten, dritten, oder dem nächstfolgenden Entwurfe im Bochumer Knappschafteverein zugestimmt, dann wäre es gewiß nicht zu einem Statut gekommen, das doch anders aussieht, als die zuerst vorgelegten! Das sollte nun doch auch der „Vergknappe“ einsehen, daß man noch lange kein Gegner von Gesetzen an sich zu sein braucht, wenn man sie wegen ihres arbeiterverschöndelnden Inhaltes oder solchen Bestimmungen vorläufig ablehnt. Nichts anderes hat die Sozialdemokratie getan, die sich, wie wir an verschiedenen Beispielen zeigen können, die größte Mühe gegeben hat, aus den Gesetzen mehr brauchbares zu schaffen als geschaffen wurde.

Das Unfallversicherungsgesetz ließ sich seinerzeit bei der Entwicklung der Industrie und der damit in Deutschland erwachsenden Zustände nicht mehr hinauschieben. Hätten damals das Zentrum und die übrigen Parteien mit der Sozialdemokratie gehalten, die Unfallversicherung sähe ganz anders aus, wie heute. Sollen wir an die zehntausende Klagen jährlich erinnern, die sich gegen die heutige Unfallversicherung und ihre Auslegung richten? Und was ist nicht die Zentrumsparthei, die die Regierung 1881 zwang, ihren Entwurf zu einem Unfallversicherungsgesetz zurückzuziehen, weil das Zentrum Entschädigung der damals bestehenden Haftpflichtversicherungsgesellschaften verlangte? Warum schreibt davon der „Vergknappe“ nichts?

Und ist denn das Zentrum heute wirklich ein so begehrter Anhänger der Unfallversicherung, wie sie heute besteht? Ist es nicht das Zentrum, das alles verdrückt, die heutige Unfallversicherung zu verhandeln? Wir wollen sehen. So ist es die Zentrumsparthei, aus deren Reihen heraus fortgesetzt die Attacken für die Beseitigung der kleinen Renten geritten werden!!

Am 3. Februar 1906 machte die Zentrumsparthei im preussischen Landtag einen diesbezüglichen Vorstoß. Der Zentrumsabgeordnete Schmieding wendete sich gegen die Auszahlung der kleinen Unfallrenten unter 25 Prozent. Er führte aus:

„Aber, meine Herren, schämmer als alles dieses ist der moralische Erfolg der kleinen Renten. Je weniger die Teilnehmer Einbußen erleiden an ihrem Tagelohne, um so schlimmer sind die Einwirkungen auf ihre Lebenshaltung und auch insbesondere auf ihre Mitarbeiter. Die Empfänger der kleinen Renten werden, weil sie neben dem vollen Tagelohne noch Renten beziehen, leicht genügt zum Leicht-sinn, ergeben sie sich allerhand Genüssen, durch die nur die Unfall-gefahr noch mehr erhöht wird. Insbesondere hat man die Beobachtung gemacht — worauf auch der Herr Boredner (der national-liberale Abgeordnete Schröder-Kessel) schon aufmerksam gemacht hat — daß gerade die Empfänger der kleinen Renten vielfach dem Alkoholgenuss übermäßig frönen. Dazu kommt die weitere Tatsache, daß die Renteneempfänger den Reich und die Mühseligkeit ihrer Mitarbeiter erregen; die Folge davon ist wieder weiter, daß andere Arbeiter, die noch keine Rente erworben haben, gern Unfälle erdulden oder eintretende Unfälle in ihren Folgen übertreiben. Der Simulation wird somit Tür und Tor geöffnet.“

Also Leichtsin, Trunksucht, Neid, Mißgunst, betrügerische Handlungen, Simulation wirft der würdige Zentrumsvertreter den Arbeitern vor! Um sie auf eine höhere Moralstufe zu bringen, empfiehlt der Zentrumsredner dem Arbeiter die Unfallrenten bis zu 25 Prozent abzugreifen! Was sagen die zentrumsgläubigen Arbeiter hierzu? Was Zentrumsabgeordnete nehmen die so von dem Zentrumsmanne beschimpften Arbeiter in Schutz. Im

Gegenüber Herr Schmedding bekam Beifall für seine Arbeiterbeschimpfung!

Das ist aber auch sehr erklärlich, denn Herr Schmedding will nicht allein die Rentenquetsche. Er sagte auch in seiner Rede:

„Wie kann einem weiteren Wachsen dieser Lasten vorgebeugt werden? Mein Fraktionsgenosse Wallenborn hat bereits in der Sitzung der Budgetkommission vom 18. Januar d. J. es als notwendig bezeichnet, daß die Rentenabschreibungen unter 20 oder 25 Prozent wegfallen. Ich glaube, mich dieser Anregung nur voll und ganz anschließen zu können.“

Hierzu steht schon fest, daß nicht nur ein Zentrumsgesandter für die Rentenquetsche ist, sondern der von der ganzen Zentrumsfraktion in die Budgetkommission delegierte Zentrumsvorredner hat dort die Rentenquetsche als notwendig gefordert!!! In der Landtagsdebatte hat auf die Anregung der Rentenquetscher der Regierungsvorredner Müller von Wobdelsch seinzeit für diese Anregung „gedankt“ und ausgeführt, naturgemäß könnten die Unfallrenten unter 25 Prozent nicht nur den Landarbeitern entzogen werden, auch auf die Industriearbeiter sei der Rentenabzug auszuweichen!!! Auch die Kinderrenten zu kürzen, könne erwogen werden!!!

Wie gefällt den Arbeitern das alle, ehrlche Zentrum als Befürworter der Rentenquetsche? Und wie dem „Bergknappen“? Und warum verschweigt das alles der „Bergknappe“?

Wegen die kleinen Renten laufen die zentralen Bauernvereine, Landwirtschaftskammern, fortgesetzt Sturm. Auch die Landwirtschaftskammer in Münster, der Herr Gerold, der Führer der Zentrumspartei, vorsteht. Es ist noch nicht lange her, da trat in der Petitionskommission des deutschen Reichstages die Zentrumsgesandten Ziel und Gerwers recht warn für die Beseitigung der kleinen Unfallrenten ein! Etwa 40 Proz. aller Renteneempfänger würden ihre Renten verlieren, ginge es nach Zentrumswillkür! Davon sagt selbstverständlich der „Bergknappe“ nichts, er schimpft auf die Sozialdemokratie, die eine vernünftige Versicherung für die Vermöglichen herbeiführen, in einer Zeit, wo ein diesbezügliches Gesetz kommen mußte, und die heute alles daran setzt, um das Versicherungswesen auszubauen.

Die Feindseligkeit und Verlogenheit des „Bergknappen“ zeigt sich noch schärfer, wenn wir die Haltung der Zentrumspartei noch würdigen bei der Alters- und Invalidenversicherung. Wir haben weiter oben dargelegt, welche Anträge der Sozialdemokraten zum Alters- und Invalidenversicherungsgesetz stellten und wie sie von der Zentrumspartei niedergestimmt wurden. Was tat aber dann das Zentrum?

Es kam her und stellte folgende Anträge, eingebracht vom Grafen Hopewich:

- a) Beschränkung der Versicherungspflicht auf die Großindustrie;
- b) Aushebung der Versicherung für die Arbeiter der Landwirtschaft und Forstwirtschaft;
- c) dasselbe für das Handwerk und Gewerbe;
- d) Zulassung dieser Personen zur freiwilligen Versicherung;
- e) Beseitigung des Reichszuschusses; f) Ausdehnung der Ansprüche auf Bewährung von Renten auf die Hinterbliebenen der unter a) genannten Versichereten.

Was sind das für Anträge? Das sind Verschlechterungsanträge, wie man sie nicht schlechter stellen konnte. Und was das Schöne ist, als diese Verschlechterungsanträge der Zentrumspartei abgelehnt wurden, da stimmte das Zentrum gegen das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz!!! Weiß das der „Bergknappe“ nicht? Warum kritisiert er nicht die Zentrumspartei, die gegen das Gesetz stimmte, weil ihre Verschlechterungsanträge nicht durchkamen, warum beschimpft das Gewerkschaftsorgan die Sozialdemokraten, weil sie gegen das Gesetz stimmten, weil es nicht genug bot? Antwort „Bergknappe“?

Ja das eine ehrlche Kampfesart? Es würde zu weit führen, sonst könnten wir noch nach gehaltenen Reden von führenden Zentrumsgesandten zeigen, wie diese mit Spott und Hohn sich gegen das Gesetz gewendet haben. Hat denn der „Bergknappe“ vergessen, wie wir noch vor wenigen Wochen zeigen konnten, wie Zentrumsgesandte die Beseitigung unserer Versicherungsgesetze verlangten und wie man antwortete: Wer sich nicht selbst erhalten kann, mag untergehen!!! Der „Bergknappe“ hat auf diese unsere Forderung ebenfalls geschwiegen, wie auch die anderen, die wir über die Verärgerungen und Verlogenheiten der schwarzen Partei veröffentlicht. Wertwürdig stimmt verhält sich in solchen Fällen der „Bergknappe“.

Ein ähnliches Verhältnis über die Haltung der Zentrumspartei und Sozialdemokratie zeigt sich auch bei den übrigen Gesetzen. Es ist feststehend, daß da, wo die Sozialdemokratie Gesetzesanträge oder Gesetzesnovellen in den Parlamenten einbrachte, die Zentrumspartei schnell mit Veränderungsvorschlägen hervortrat. Und das, trotzdem die sog. Anträge oft genug sich mit dem Verlangen christlich-zentrumlicher Arbeiter deckten! Davon braucht der „Bergknappe“ seinen Weizen ja nichts zu sagen. Er müßte die Wahrheit bekennen und die ist ihm nicht nur einmal ein Rätsel. Der „Bergknappe“ weiß sehr gut, warum er sich ganz besonders einer Partei dienlich macht, von der Bismarck einst erklärte, daß sie die „Partei der verlogenen Galanten“ sei! Wollte der „Bergknappe“ wahrhaftig sein, dann müßte er, wie schon so viele bedeutende Männer anerkennen, daß für die deutsche Arbeiterchaft die Reformen auf dem Gebiete der Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetzgebung in erster Linie auf das Drängen der Sozialdemokratie hin geschaffen und ausgebaut sind.

Ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform!

Das ist nicht nur was Bismarck anerkannte, sondern auch der Bischof von Trier!!! Und mit ihnen wie gesagt, hingen andere bedeutende Männer, darunter auch genug katholische Geistliche! Alles das weiß auch der „Bergknappe“, aber er will es nicht sagen. Für ihn heißt es: Mit allen Mitteln das Zentrum herauszuhalten, mit allen Mitteln dessen Volksausplünderung und Volksbetrug zu verdunkeln und zu vertuschen.

Welche Stellung die Sozialdemokratie zu den verschiedenen indirekten Steuern eingenommen hat, das kann für uns keine Veranlassung sein, hier näher klarzulegen. Die Sozialdemokratie ist gegen jede indirekte Besteuerung und zwar deshalb, weil die Summen für unethische Zwecke ausgegeben werden. Die Sozialdemokratie wird evtl. für solche Steuern sein, wenn dem Volke und der Kultur wirkliche Dienste damit geleistet werden. Aber, wer für gerechte Steuern eintreten will, der sucht nach direkten Einkommen- und Vermögenssteuern, progressiv steigend. Damit erklären auch wir uns einverstanden und damit erklären sich alle Leute einverstanden, bei denen noch ein Funken Gerechtigkeitsempfindung vorhanden ist.

Der „Bergknappe“ geht auf Vorkommnisse der sozialdemokratischen Partei ein, so unter anderem auf die Kündigung der „Vorwärts“-redakteure. Wie erbärmlich müssen beim „Bergknappen“ die Beweismittel sein, wenn er sich an solche Strohhalm klammern muß! Der „Bergknappe“ sollte uns lieber erzählen, warum Brust denkiert wurde, warum er jährlich 1500 Mark Schweigegelder erhielt und warum er noch heute auf Kosten von Zentrumsgesandten sich erhält, ohne, wie bekannt, für diese Organe zu arbeiten? Warum erzählt uns der „Bergknappe“ nicht von dem Terrorismus und den Maßregeln, die so manchen Zentrumsgesandten getroffen haben und nur, weil sie ihre Meinung äußerten? Noch kürzlich maßregelte man in der Westschlesien einen Zentrumsgesandten, der sich gegen die Haltung der Zentrumspartei bei der Finanzreform ausgesprochen hatte. Die ehemaligen sozialdemokratischen „Vorwärts“-redakteure sind heute noch an herbor-

ragenden Stellen in der sozialdemokratischen Partei und Presse tätig. Was ist aber aus den durch die Zentrumspartei auf Straßenpflaster Geworfenen geworden? Antwort „Bergknappe“!

Der „Bergknappe“ zerrt schließlich auch in ekelhaftester Weise die Religion in den Streit hinein, spricht von religiösen Sittengesetzen usw. Die christlichen Herrschaften sollen einmal erst nach ihrer Religion, nach den Sitten- und Moralgesetzen ihr Tun und Treiben einrichten, ehe sie von der Sitte und Moral anderer reden. Sozialverleumdung und Unwahrschaflichkeit, wie sie sich im Lager christlicher Gewerkschaftsführer schon breit gemacht hat, ist ein schlechter Freibrief für ein Prädikat, sich als Religionschlichter aufzuspielen. Aber wir wollen dem „Bergknappen“ noch anderweitig hierüber ein Kapitel schenken, um zu zeigen, daß die Religion nur geschändet werden kann, wenn sich „christliche“ Gewerkschaftsführer die Religion ihren oft genug unehrlichen Zwecken untertan machen! Diejenigen, die die Religion beschämen, sitzen nicht in unseren Pressen, da muß schon der „Bergknappe“ im christlichen Lager Umschau halten. Das wollen wir ihm, wie gesagt, noch beweisen, weil seine Herausforderung denn doch zu frech ist. Unsere Kameraden brauchen nicht zu glauben, daß wir eine religiöse Auseinandersetzung herbeiführen werden. Für diese ist wohl im „Bergknappen“, nicht in der „Bergarbeiter-Zeitung“ Platz. Aber zeigen wollen wir, wie katholische Männer und Priester die Sozialdemokratie nicht beschimpfen, sondern ihr Gerechtigkeit widerfahren lassen. Gerechtigkeit, wozu sich der „Bergknappe“ in seiner Unwahrschaflichkeit und seinem Fanatismus nicht aufschwingen kann. Für heute aber mag das Dargelegte genügen.

Worte und Taten der polnischen Abgeordneten.

Als der Reichstag im Dezember 1906 aufgelöst worden war, gab das polnische Wahlkomitee für Schlesien ein Flugblatt heraus, betitelt: „Wem soll man bei den Wahlen am 25. Januar die Stimme geben?“, in dem es nach dem Hinweise, daß die Polen und Sozialdemokraten im Reichstage erklärten, sie würden für die Kolonien keinen Groschen hergeben, hieß:

„Warum hat die polnische Partei so gehandelt? Weil sie weiß, daß man diese Millionen leihen müßte, und das Deutsche Reich hat schon viertausend Millionen Schulden, von denen es jährlich 138 Millionen Zinsen zahlt.“

Je höher die Schulden im Reich, desto höhere Steuern müssen die Bürger zahlen. Und ist denn nicht jeder von uns mit Steuern übermäßig belastet?

Bei diesen Wahlen handelt es sich also darum, ob die Steuern noch höher sein sollen oder nicht. Bürger! Der Zettel, den Du am 25. Januar gibst, das ist das Urteil über Dich. Sobald Du für einen Kandidaten stimmst, welcher für Ausgaben nach dem Sinne der Regierung oder nach dem Wunsche der Zentrumspartei ist, so hast Du freiwillig höhere Steuern für Dich dekretiert.“

In solcher Weise machte das offizielle Flugblatt des polnischen Wahlkomitees für Schlesien die polnischen Arbeiter mit Recht auf die drohende Gefahr der neuen Steuern, welche jeden schon über die Kräfte belasten, aufmerksam, wobei an anderer Stelle noch gesagt wurde:

„Willst Du der Zentrumspartei angehören, welche für die Gunft der Regierung, um ja den Einfluß nicht zu verlieren, mit Reichthigkeit neue und höhere Steuern bewilligen wird, — oder gibst Du den Vorzug der polnischen Partei, welche nie für Steuern, die das arbeitende Volk belasten, stimmen wird!“

Mit solchen Worten wurden die Kandidaten der polnischen Partei empfohlen als diejenigen Leute, die die armen polnischen Arbeiter vor drohender Steuerbelastung schützen würden. Dasselbe Spiel trieb man in den Flugblättern, die Propaganda für die einzelnen polnischen Kandidaten machten. J. B. lesen wir im Flugblatt des polnischen Wahlkomitees für den Wahlkreis Kattowitz-Tabrze, betitelt: „Brüder, Landleute!“, folgendes:

„Wollen wir armen Leute immer mehr Steuern zahlen, welche in den heißen Sandwüsten Afrikas wie das Eis, erwärmt von den Frühlingsskiffen, dahinschmelzen? Wollen wir armen Leute eine Politik, welche uns alles, was zum Leben notwendig ist, versteuert hat?“

Es ist klar, daß die armen Arbeiter keine Lust haben können, immer mehr Steuern zu zahlen; demnach empfahl auch das Flugblatt aufs wärmste die Kandidatur Adalbert Porfants.

In einem anderen Flugblatte, betitelt: „Wahlspäh“, das die Kandidatur des Herrn Napieralski empfahl, war auf der zweiten Seite bildlich dargestellt, wie ein armer Kerl unter der Steuerichraube, an deren Hebel zwei Steuerbeamte tätig sind, ausgepreßt wird, wobei aus seinem Munde unzählige Geldstücke in den danebenstehenden Geldkasten fallen. Unter dem Bilde befand sich ein Gedicht: „Schraube ohne Ende“, worin es heißt, daß diese Schraube ohne Unterbrechung Tag und Nacht aus dem Bürger Geld für Militär, Marine, Kolonien und andere Staatsrichtungen herauspreßt, wer also nicht will, daß sie auch seine Seele herauspreffe, „wer mehr Steuern nicht zahlen will, der möge Freitag einen Wahlzettel mit der Aufschrift: Adam Napieralski, Redakteur, Beuthen D.S. abgeben.“

Es sei hier noch erwähnt, daß der Abgeordnete Napieralski zum ersten Male im Juni 1906 in den Reichstag gewählt worden ist. Schon damals hat er feierlich versprochen, die polnischen Arbeiter vor Steuern zu schützen. In einem Flugblatte, das das polnische Glaubensbekenntnis des Herrn Napieralski enthielt, und von ihm persönlich in Beuthen am 8. Mai 1906 geschrieben war, wurde u. a. versichert:

„Nie werde ich demnach für Vermehrung der Lasten, die das Volk drücken werden, stimmen. Ich werde vielmehr immer für Verringerung der Gebühren, welche heute schon das Volk peinlich drücken, stimmen.“

Die polnischen Arbeiter hielten diese Worte für gute Münze, gaben massenweise Herrn Napieralski ihre Stimmen und setzten seine Wahl durch. Herr Napieralski hat aber dann im Reichstage die armen polnischen Proletarier elendiglich verraten!

Weiter haben wir vor uns „Die Stimme des polnischen Kandidaten Probst Theodor Jankowski an die Wähler des Gleiwitz-Obkühler Kreises“, geschrieben in Groß-Potvorz und unterzeichnet: Pfarrer Jankowski. Es ist da zu lesen:

„Das Wohlergehen meiner Wähler werde ich unterstützen, ob sie den Acker bestellen, oder ob sie in Fabriken, Bergwerken, Mütten beschäftigt sind. Zum Wohle der Landleute gedente ich u. a. mich mit der Gelegenheit der Schäden, welche das Wild quirsicht, zu befassen.“

Für die Hüttenarbeiter betrachte ich für das Dringendste die Gründung einer für alle gemeinamen Knappschaft.

Ich erwähne diese zwei Angelegenheiten, bemerke jedoch, daß alles, was inlande ist, das Wohl der Landleute und Arbeiter zu heben, in mir einen fleißigen und ausdauernden Beschüger finden wird. Ich werde mich für den Abgeordneten des arbeitenden Volkes auf dem Lande, in industriellen Betrieben, im Handwerk

betrachten, denn gerade dieses bedarf am meisten der Hilfe und Unterstützung.

Aus diesem Grunde werde ich meinerseits nie in höhere Steuerlasten einwilligen.“

Jankowski kam in die Stichwahl. Das polnische Wahlkomitee gab ein Flugblatt heraus, in dem u. a. gesagt wurde:

„Sollen wir schon nicht genug Steuern? Sollten wir einen Abgeordneten wählen, welcher der Verklärung helfen wird, daß diese Steuern noch höher werden? Wer mehr Steuern zahlen will, möge den Geistlichen Dr. Chrzyszcz wählen. Wir können ihn Euch, Wähler, nicht empfehlen, denn es steht fest, daß Ihr davon Schaden haben würdet.“

Das Flugblatt empfiehlt dann natürlich den Propst Jankowski, von dem gesagt wird:

„Propst Jankowski kennt die bedrängte und schwere Lage des Volkes, er ist auch mit seinen Steuern einverstanden, die das Volk belasten.“

Auf der dritten Seite des Flugblattes befindet sich das oben erwähnte Bild mit dem Gedicht „Schraube ohne Ende“ und darunter eine Empfehlung, in der es heißt:

„Willst Du nicht in eine solche Steuerichraube geraten, so gib die Stimme am Dienstag, den 5. Februar, dem Propst Jankowski, welcher höhere Steuern nie bewilligen wird, und für die afrikanischen Kolonien keinen Groschen gibt.“

Wieder ein anderer polnischer Kandidat, Pfarrer Brandys, gab in einem Flugblatte, betitelt: „In die Wähler im Opperlauer Lande“, eigenhändig in Dzierziewice geschrieben, nach der Versicherung, daß er die Wähler in wirtschaftlichen Angelegenheiten gewissenhaft vertreten wird, die Erklärung:

„Ich werde mich nämlich auch gegen unnütze Ausgaben für Kolonien, Marine, Militär usw. wenden, denn dadurch erhöhen sich unsere Steuern, und wir haben schon übermäßig solcher.“

Das polnische arbeitende Volk glaubte all den Versicherungen, und wählte in Oberschlesien fünf nationalpolnische Abgeordnete. Die Beratung der Finanzreform zeigte, daß die ober-schlesischen Polen-Abgeordneten ohne Ausnahme die polnischen Proletarier insam betrogen und verraten haben. Die Polenfraktion, die angeblich die polnischen Arbeiter in diesen schweren Zeiten allein gut und ehrlich verteidigen zu wollen angab, stimmte für die Tabaksteuer, für das Branntweinsteuergesetz, für die Verewigung der Branntweinniedriggabe und für die übrigen Steuergesetze, sie bewilligte der Regierung, die das polnische arbeitende Volk fortwährend mit Ausnahmesteuern beunruhigt, insgesamt 240 Millionen indirekter Steuern. Von den ober-schlesischen Polenabgeordneten stimmten am 9. Juli für Tabak- und Branntweinsteuer: Brandys, Jankowski und Napieralski, Korfaity rühte aus, Wajda enthielt sich der Abstimmung. Am 10. Juli stimmten für das Finanzgesetz: Brandys, Jankowski, Napieralski und Wajda; Korfaity rühte wieder aus. Nicht besser machten es Brejski und Kulerski. Feiger haben sich bei so wichtigen Abstimmungen kaum jemals Fraktionen benommen, wie die polnische Fraktion.

Der polnische Proletarier ist mit Hilfe der polnischen Abgeordneten gehörig unter die Steuerichraube geraten.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die Christlichen an der Klagemauer.

Die christlichen Gewerkschaftsführer, soweit sie Reichstagsabgeordnete sind, haben sich nicht wenig darauf eingebildet, daß durch ihre Hilfe der Biermillionenfonds zur Unterstützung der geschädigten Tabakarbeiter aufzuheben gekommen ist. Nun die Ausführungsbestimmungen zum Tabaksteuergesetz erlassen sind, wimmern sie, daß den Tabakarbeitern Schwierigkeiten gemacht werden könnten, um zu ihrem Recht und zu Unterstützungen zu kommen. Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften findet nun auch, daß die mit der Ausführung der Bestimmungen betrauten Behörden unter Umständen Härten schaffen können, und daß die eine Bestimmung in den Ausführungsbestimmungen den Unternehmern geradezu die Handhabe zu Lohnreduktionen geben könne. Es heißt nämlich dort, daß nicht unterstützungsberechtigt ist, wer einen Minderverdienst erleidet, ohne daß in dem Betrieb, in dem er beschäftigt ist, eine Betriebs-einschränkung eingetreten ist. Das christliche Zentralblatt bricht daher in die Klage aus:

„So bieten die Ausführungsbestimmungen mancherlei Haken, die zu Schwierigkeiten führen können. Es wird, wie gesagt, alles davon abhängen, ob die beauftragten Behörden mit dem nötigen sozialen Verständnis der ganzen Sache gegenüberstehen. Auf keinen Fall, das möchten wir grundfänglich festhalten, ist es die Absicht des Reichstages gewesen, durch Annahme des Unterstützungsgesetzes die Arbeiter zu verpflichten, gegebenenfalls Streikbrecher zu werden und den Fabrikanten die Macht zu geben, Lohnreduktionen vorzunehmen. Beides stünde im Widerspruch mit den Intentionen der Gesetzgeber.“

Der bittere Nachgeschmack folgt dem Steuerbewilligungstunsel gar sehr bald. Doch die Hoffnung auf das „nötige soziale Verständnis“ der Behörden erscheint uns sehr kläglich, die halten jedem deutschen Staatsbürger, der mit Befuchen kommt, den Buchstaben des Gesetzes unter die Nase. „Wat schreiwon is, is schreiwon!“ Daran hätten auch die christlichen Heilmeyer denken wollen, bevor sie den Sündenfall begingen.

Brotpreiserhöhung.

Das statistische Amt der Stadt Berlin hat festgestellt, daß in der Reichshauptstadt

	1894	1898	1909
1 Kilogramm Roggenbrot kostete:	20,43	24,21	31,57 Pf.
1 „ Weizenbrot	35,15	41,70	56,49 „

Gegenüber 1898 ist also der Roggenbrotpreis um 30,40 Proz., der Weizenbrotpreis um 35,47 Proz. gestiegen. Gemessen an den Preisen des Jahres 1894 ist Roggenbrot um 54,52 Proz., Weizenbrot um 60,71 Proz. teurer als vor 14 Jahren.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Umsätze der Großverkaufsgesellschaften im ersten Halbjahre 1909.

Wir sind in der Lage, die Umsätze folgender Großverkaufsgesellschaften für das erste Halbjahr 1909 mitzuteilen:

	1909		Differenz gegen 1908
	Mt.	Prozent	
E. W. S. Manchester	245 897 900	+ 320 800	+ 0,1
E. W. S. Glasgow	71 594 000	+ 4 512 120	+ 6,3
E. W. S. Hamburg	31 625 109	+ 2 699 809	+ 9,3
F. D. V. Kopenhagen	22 447 125	- 67 500	-
W. S. R. Basel	7 542 696	+ 1 463 173	+ 24,07
Gangya, Budapest	6 248 907	+ 788 668	+ 13,11
R. K. Gelsingfors	4 968 489	+ 297 506	+ 6,37
S. S. R. Wien	5 904 411	+ 603 786	+ 11,3
R. v. R. Moskau	1 205 899	+ 812 718	+ 165,0

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Zahl und Löhne der Grubenbeamten in Preußen.

Die Zeitschrift für das Berg-, Hütten und Salinenwesen, herausgegeben im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe gibt über die Zahl und die Lohnverhältnisse der Grubenbeamten (einschließlich der ständigen Aufseher, Oberhauer, Fuhrhauer usw.) Aufschlüsse, die zeigen, daß die Lage der Grubenbeamten nicht eine so rosig ist, wie man das nach außen hin allgemein annimmt. Eine ganze Anzahl technisch gebildeter Leute arbeitet für einen Lohn von kaum 160 Mt. monatlich, über 200 Mt. monatlich steigt der Durchschnittslohn nur in einigen Bezirken. Es betragen die:

Internationale Mundschau.

Gefährliche Lage in Südwales.

London, den 9. September 1909.

Die durch die Abmachungen am 1. Juli d. J. vordrängte beilegende Streitigkeiten drohen wieder auszubrechen. Die Werksbesitzer suchen durch alle Mittel sich ihren Verpflichtungen zu entziehen und stoßen hierbei auf einen heftigen Widerstand seitens der organisierten Bergarbeiterschaft.

Diesem Drogen gegenüber haben die Führer der Bergarbeiter erklärt, daß sie, falls die Situationsfrage ausgesetzt werden sollten, die Bergarbeiterföderation ausfordern würden, die Schlußfrist 20 des Statuts in Anwendung zu bringen, um einen allgemeinen Streik der Bergarbeiter Großbritanniens zu inszenieren.

In der Frage der gesetzlich zulässigen Überstunden dürfte es sobald zu keiner Einigung zwischen Unternehmern und Arbeitern kommen. Die Kommission bei der Beratung des Arbeitsgesetzes erwähnte offizielle Mitteilung der betreffenden Klause, daß diese 60 Überstunden im Jahr nur für Perioden großer Tätigkeit in der Montanindustrie berechnet sei.

Es zeigt sich hier wieder einmal die geliebte Praxis der englischen Bourgeoisie, die die Eigentümlichkeit der juristischen Verfassung Englands ausnützt, um die Vorteile zu verschaffen, die ihr im offenen wirtschaftlichen Kampf nicht zugänglich sind.

Knappschäftliches.

Aus dem Bureau des Allgemeinen Knappschäftvereins zu Bochum erhalten wir folgende Zuschrift:

Aus der letzten Vorstandssitzung bietet folgendes der Allgemeinheit Interesse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende mit, daß der Knappschäftälteste Hartmann in Rothhausen am 2. August d. J. gestorben sei.

- 1. Joh. Sanders, Gaternberg, für den Sprengel 130,
2. Joh. Herburg, Steele, 158a,
3. Ber. Weyer, Hört-Kuhre, 140a,

Die Geschäfte übertragen worden sind, nachdem die Prüfung und Verpflichtung durch die Geschäftsausschüsse erfolgt ist.

Durch den Tod des Knappschäftältesten Hartmann ist in dem Sprengel 220 eine Neuwahl erforderlich geworden, weil ein Ersatzmann nicht vorhanden ist.

Der Knappschäftverein zählt bekanntlich außer in den allmonatlich zu Anfang eines jeden Monats in den einzelnen Bezirken stattfindenden Zahlterminen das Krankengeld auf den Zweigbüros in Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen, Essen, Herne und Oberhausen aus.

Als Knappschäftarzt für die Mitglieder der Zeche Franziska wird Herr Dr. Swart in Wittenburg und an Stelle des auscheidenden Knappschäftarztes Sanitätsrat Dr. Schulte-Langforth in Castrup wird Herr Dr. Hartwig gewählt:

- 1. als ordentliches Mitglied des Vorstandes: der Erzhammer Krümer,
2. als stellvertretendes Mitglied des Sachungsausschusses: der Knappschäftälteste Fischer,
3. als stellvertretendes Mitglied des Kuratoriums: der Knappschäftälteste Krümer,
4. als stellvertretendes Mitglied des Geschäftsausschusses Gelsenkirchen: der Knappschäftälteste Krümer.

Gegen die am 26. Juni d. J. stattgefundene Wahl eines Knappschäftältesten für den neu gebildeten Sprengel 254a ist von fünf Mitgliedern Protest eingelegt worden, der sich darauf stützt, daß

- 1. die Zeche Adolf von Hanfmann eine Wahlerliste nicht eingereicht habe, obwohl Wahlberechtigte Mitglieder auf der Zeche beschäftigt gewesen seien,
2. die Stimmzettel, die für den zum Veltessen gewählten Wilhelm Wilmann abgegeben worden seien, nicht einen Namen sondern zwei Namen enthalten hätten.

Die Zeche Adolf von Hanfmann hat tatsächlich eine Wahlerliste nicht eingereicht, weil sich nur zwei Mann gemeldet haben, dadurch wird aber das Ergebnis nicht beeinträchtigt, weil die Differenz zwischen der höchsten und der zweithöchsten Stimmzahl 27 beträgt.

Der Antrag der Gemerkenschaft ver. Constantin der Große auf Aufnahme der auf der Anlage zur Gewinnung der Nebenprodukte des Sprengels II und IV Beschäftigten Arbeiter in den Allgemeinen Knappschäftverein wird gemäß § 163 Abs. 3 des Allgemeinen Vergengesetzes genehmigt.

Die Anträge der Knappschäftältesten Meier und Brinmann in Mülheim und der Veltessen Mühlberg und Kreientamp in Bergershausen auf Teilung ihrer Sprengel und Bildung von zwei neuen Sprengeln werden genehmigt; auch wird der von den Beteiligten vorgeschlagenen anderweitigen Einteilung der Sprengel zugestimmt.

Zur Knappschäftreform im Nachener Revier. Die Verbandsältesten haben in einer Konferenz am 6. September beschlossen, an den Vorstand des Wurm-Knappschäftvereins und an den Schweißer Knappschäftverein folgende Eingabe zu machen:

In den letzten Jahren haben die Lebensmittelpreise, die Wohnungsmieten und Steuererträge eine wesentliche Steigerung erfahren. In neuester Zeit sind Lebensmittel und sonst notwendige Bedarfsartikel weiter mit Steuern belegt worden, wodurch wiederum eine bedeutende Preissteigerung eintritt.

Auch unser Knappschäftverein wird dieser Frage näher treten müssen. Deshalb gestattet sich der Unterzeichnete, im Namen mehrerer Knappschäftältesten sowie im Auftrage von Knappschäftmitgliedern dem Vorstande nachdenkliche Überlegungsanträge zu unterbreiten.

Eine nähere Begründung der Überlegungsanträge zu den Vereins-satzungen behalten die Antragsteller sich vor für die mündliche Beratung in der Generalversammlung.

Hochachtungsvoll! Für den Wurm-Knappschäftverein. Für den Schweißer Knappschäftverein.

W. Vorpeil, Knappsch.-Veltesser. geg. W. Zander.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Über den Wurm-Knappschäftverein. Über den Schweißer Knappschäftverein.

Table with 3 columns: District, Number of employees, and Average wage. Rows include Oberbergamtsbezirk Breslau, Halle, Clausthal, Dortmund, and Wonn.

Das sind Abhne, die den Beamtenstand gerade nicht allzu hoch über die Arbeiterschaft hinausheben, wenigstens nicht so hoch, als daß diese, die Beamten, die Arbeiter ganz von oben herab zu betrachten hätten.

Starkes Sinken der Bergarbeiterlöhne.

In der letzten Samstagnummer veröffentlichte der 'Reichsanzeiger' die Statistik über die in den Hauptbergbaubezirken Preußens im zweiten Vierteljahr 1909 verbienten Bergarbeiterlöhne.

Table with 10 columns: District, Average wage 1908, Average wage 1909, and other wage-related data. Rows include Steinlohlenbergbau, Braunkohlenbergbau, and Erzbergbau.

Wie wir sehen, weisen die Löhne seit Jahresmitte 1908 bis zum zweiten Quartal 1909 fast durchweg eine sinkende Tendenz auf, die sich in verstärkter Weise zeigt, wenn wir das Sinken der Löhne der wirklichen (unterirdisch beschäftigten) Bergarbeiter in Berechnung ziehen.

*) Ginge tritt der Wert der Brotkornzulage im II. Q. 1909 gleich 0,14 Mk., im I. Q. 1909 gleich 0,13 Mk., im Jahresmittel 1908 gleich 0,20 Mk., für eine Schicht.

Der holländische Bergbau im Jahre 1908.

Die Förderung auf den holländischen Gruben betrug pro 1908: Dominantgrube 233 529 Tonnen, Willems-Coffe-Schepshoofersche Grube 202 Tonnen, Orange-Massan I 230 725 Tonnen, Orange-Massan II 149 482 Tonnen, Laura ein Veresing 150 380 Tonnen, Staatsgrube Erksamina 78 693 Tonnen, zusammen 338 201 Tonnen.

fertig ist und wo er noch nicht fertig ist, hält er sich nur noch mit Hilfe der Verwaltung und durch Verteilung von Veranlagungen.

Die Konferenz beschloß folgende Eingabe zwecks Änderung der Statuten an den Vorstand des Frankenhölzer Knappschaftsvereins zu richten, die in wenig geänderter Form auch den anderen beiden Vereinen zugestellt werden soll:

„Frankenholz, den 5. September 1909.
Anträge der Knappschaftsältesten an den Vorstand des Frankenhölzer Knappschaftsvereins zwecks Änderung der Satzungen.

Die unterzeichneten Vorstände beantragen im Auftrage ihrer Wähler, der Knappschaftsmitglieder, die gegenwärtigen Knappschafts-Satzungen dahin abzuändern:

I. Krankenkasse.

1. Das Krankengeld ist auf Dreiviertel des Lohnes zu erhöhen. Zum mindesten muß der Höchsttag von 2 Mk. auf 2,50 Mk. erhöht werden.

2. Das Krankengeld ist auch an Sonn- und Feiertagen zu zahlen. Es sei Unfällen und bei solchen Krankheitsfällen, bei denen die Krankheitszeit über 14 Tage dauert, ist das volle Krankengeld vom ersten Tage des Unfalls bezw. der Krankheit zu zahlen.

3. Sämtliche in den Bezirken der einzelnen Knappschaftsvereine wohnenden Ärzte (einschließlich approbierte Naturheilärzte) sind gegen eine Pauschsumme pro Kopf zur Behandlung krankheitskranker Knappschaftsmitglieder zuzulassen und steht den Mitgliedern die jedesmalige freie Wahl eines Arztes zu.

4. Alle ärztlichen Atteste, einschließlich Anlegatteste, sind den Mitgliedern — auch den neu Anguliegenden — unentgeltlich zu verabfolgen.

5. Ehefrauen sowie die unter 15 Jahre alten Kinder der Knappschaftsmitglieder erhalten in Erkrankungsfällen freie ärztliche Behandlung und Arznei, einschließlich Zahnersatz, Bruchbänder, Weilen und sonstige Arzneimittel.

6. Auf Eltern und Geschwister und sonstige im Haushalt der Knappschaftsmitglieder sich befindliche Personen, welche den Haushalt der Knappschaftsmitglieder führen, findet vorstehende Bestimmung ebenfalls Anwendung.

II. Pensionskasse.

1. Abschaffung der unständigen Mitgliederliste.

2. Sämtliche Invalidenpensionen sind zu erhöhen und so zu staffeln, daß sie bei 25-jähriger Dienstzeit mindestens 800 Mk. betragen. Die Witwenrente beträgt zwei Drittel der Invalidenrente, auf die der verstorbenen Ehegatten Anspruch hatte oder haben würde.

3. Für Kinder der Knappschaftsmitglieder unter 14 Jahren ist als Erziehungsbeihilfe zu gewähren: Für jede Halbwaife 4,50 Mk., Ganzwaife 12 Mk. monatlich.

4. Die Auszahlung der Pensionsleistungen erfolgt, wenn das Mitglied nicht mehr in der Lage ist, eine seiner Ausbildung entsprechende weitestgehende berufsmäßige Arbeit zu verrichten.

Wird ein Invalidenversicherungsantrag — sofern nicht die Bestimmung des Punkt 7 in Frage kommt — von der Knappschaftsverwaltung oder dem Knappschaftsvorstande nicht anerkannt, weil der zuständige Knappschaftsarzt den Antragsteller nicht für invalide hält, so ist auf den Antrag des letzteren das Gutachten eines weiteren, vom Antragsteller frei zu benennenden Arztes einzuziehen. Die hierdurch entstehenden Kosten trägt die Knappschaftskasse.

Widowschen, Unfallrenten, Militärpensionen usw. dürfen auf die Knappschaftspension nur aufgerechnet werden, wenn und soweit diese Renten und Pensionen den Betrag von 1200 Mk. pro Jahr übersteigen.

III. Verwaltung der Pensions- und Krankenkassen.

1. Die Vorsteherstellen für Pensions- und Krankenkassen sind in der Weise zu tätigen, daß jeder Wähler den Vorsteher und dessen Gehilfen wählen kann.

2. Die Knappschaftsältesten haben Kranken- und Invaliden-Pensionäre zu führen und ihnen die Kontrolle aus. Die Invalidenversicherungsanträge sind von den Vorstellern der Knappschaftsverwaltung einzuweisen. Für diese Arbeiten sind die Vorsteher zu entschädigen.

3. Alle Mitglieder, einschließlich der Invaliden, sollen das aktive und passive Wahlrecht haben.

4. Mit allen deutschen Knappschaftsvereinen (sofern das noch nicht zu erreichen sein sollte), mit den pfälzischen, dem Saarländer und den lothringischen Knappschaftsvereinen sind Gegenseitigkeitsverträge abzuschließen, durch welche den berechnenden Mitgliedern ihre Rechte erhalten bleiben.

(Folgen die Unterschriften.)

Zu dieser Eingabe wollen wir noch bemerken, daß der Gesamtverband des Frankenhölzer Knappschaftsvereins, also auch die Herren Vorsteher, vor zwei Jahren schon einen Antrag zukommen, das Krankengeld von 2 Mk. auf 2,50 Mk. pro Tag zu erhöhen und bei einer Krankheitszeit von mehr als 14 Tagen das Krankengeld auch für die ersten drei Tage auszusagen. Außerdem gelangte damals der Antrag zur Annahme, daß die Knappschaftsinvalidität mit eingetretener *Ve r g e r t i g e i t* beginnt und nicht erst mit gänzlicher Arbeitsunfähigkeit, wie es heute leider der Fall ist, und daß für die Kinder invalider Bergleute als Erziehungsbeihilfe für Halbweisen auf 4,50 Mk., für Ganzweisen auf 12 Mk. pro Monat gezahlt werden sollten.

Diese Anträge wurden formgerecht beschlossen und mußten auch Gültigkeit haben, aber dazu bedürfen sie der **Bestätigung durch das Oberbergamt, das bis jetzt noch keine Zeit gefunden hat, die Bestätigung zu erteilen!** Zwei Jahre lang läßt das Oberbergamt Sachen liegen, ohne darauf zu antworten! Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn der Bergwähler E. aus Oberbergbach heute noch keine Antwort auf seine Beschwerde hat, die er am 24. Januar an das Oberbergamt abgeschickt. Es scheint bei dieser Behörde mit echt bayerischer Steifheit zuzugehen, leider zum Schaden der Bergarbeiter.

Änderung des Knappschaftswesens in Sachsen.

In der letzten Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ ist uns bei der Gegenüberstellung der Pensionen nach dem jetzigen Statut und den im neuen Entwurf vorgesehenen ein Irrtum unterlaufen, der hiermit berichtigt wird. Es betragen die Pensionen:

Dienstalter Jahre	Jetziges Statut V. Lohnklasse Mk.	Statutenentwurf Klasse B Mk.	Mit ihm weniger Mk.
11	193,60	144,38	70,22
15	240,—	158,42	81,58
20	287,20	196,22	90,98
25	334,—	229,17	104,83
30	380,80	257,78	123,02
35	427,60	282,48	145,12
40	474,40	308,90	170,50

Die Verschlechterung ist also nicht ganz so groß wie in der Zeitung angegeben, aber immerhin noch groß genug. Es sollte aber doch wie in anderen Knappschaftsvereinen, trotz Zahlung der vollen Reichrente auch die Knappschaftspension gegen früher erhöht aber nicht herabgesetzt werden.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zeche Bruchstraße. Auf diesem Pütt herrschen grauenerregende Zustände. So z. B. fördert hier schon bereits drei Wochen die Nachtschicht bei der Kohlenförderung ohne Türen aufzusuchen. Die Leute schauen ordentlich vor der Seilschicht zurück. Das geht so lange gut, bis ein größeres Unglück passiert ist. Der Aufschläger der fünften Sohle machte schon mehrmals den Mißschiefer Vogel darauf aufmerksam, ohne daß Abhilfe geschaffen wird. Auch mit der Seilschicht hält es hier nicht so genau, denn es werden jeden Abend bis halb 11 Uhr, später auch noch länger, Kohlen gefördert, jedoch der erste Stoß mit Leuten von der fünften Sohle 20 Minuten vor 11 Uhr, oft noch später, am Tage ist. So passiert es am Mittwoch, den 8. September, daß der Aufschläger der fünften Sohle von der Mittagschicht abends aufgefordert wurde, Schicht zu klopfen, weil es schon halb 11 Uhr vorüber war. Der Mann wurde für dieses ungeheure Verbrechen mit 3 Mk. bestraft, weil es auf diesem Pütt den unterirdischen Aufschlägern verboten ist, Schicht zu klopfen. Auch das Strafvorwissen steht hier in schäblicher Blüte. Am Mittwoch, den 8. September, wurden allein von der Morgen- und Nachtschicht Kohlennummern mit je 2 Mk., am Donnerstag, den 9. September, acht Kohlennummern mit je 1 Mk. bestraft, obwohl es oft garnicht möglich ist, keine Kohlen zu liefern.

Zeche Bergmannsglück. Es ist traurig, daß sich die Zeitung wieder einmal mit der fiktionalen Grube Bergmannsglück beschäftigt

miß. Viele Bergleute denken, eine Staatszeche ist eine Musterzeche. Aber weit gefehlt. Die Bergpolizeiverordnungen werden hier in einer Art und Weise überflüssig, daß man es kaum für möglich halten sollte. So auch am 26. August d. J. Die Zeche hatte wieder einmal Störung im Schacht. Die Folge war, daß die Tagesförderung verlegt werden mußte. Zuerst mußte die Nachtschicht bis morgens um 1/11 Uhr in der Grube bleiben, weil kein Fahrstuhl vorhanden war. Es wird natürlich auch nicht vergütet. Dann fuhr die Mittagschicht abends von 1/9—0 Uhr an. Morgens um 6 Uhr sollte die Ausfahrt beginnen, es war aber schon 20 Minuten nach 6 Uhr, als sie begann. Als man den Aufseher Schilling darauf aufmerksam machte, sagte er: „Ich kann nichts daran machen.“ Wir glauben es aber nicht, denn solange der neugebadene Aufseher Schl. da ist, hält es so genau nicht mit der Zeit. Kommt es doch in der letzten Zeit öfters vor, daß die Leistungsförderung 10 Minuten bis 1/2 Stunde später anfängt. Hoffentlich wird hier Besserung geschafft, sonst müssen wir härter leben.

Zeche Friederika. Nach unlängst berichteten wir in unserer Zeitung über die miserable Seilschicht auf diesem Pütt. Aber die Verwaltung genannter Zeche scheint nun zu sein gegen Anregungen bezw. Klagen in der Zeitung seitens der Arbeitstamern. Eher wird nach dem mutmaßlichen Schreiber des Artikels gefahndet, um ihn auf den Index zu setzen, aufstößt die Mißstände abzuklären. Die Verwaltung irrt sich aber, wenn sie meint, dem Artikelabschreiber hinausgekauft zu haben, denn, so lange die Mißstände nicht abgestellt sind, hören auch die Artikel in der Zeitung nicht auf. Wir erlauben die Verwaltung der Zeche Friederika nochmals, die Seilschicht besser zu regeln. Der Wunsch der Belegschaft ist, daß, weil auf der vierten Sohle der größte Teil der Belegschaft beschäftigt, auch die Seilschicht nach dahin zu dirigieren ist und nicht nur zur dritten Sohle; wenn auch nur mit einem Stroh gestäubert wird, so kann die Seilschicht gerade so gut auch des Morgens nach der vierten Sohle gehen, wie das des Mittags geschick. Nicht, daß die Belegschaft der vierten Sohle unzufrieden ist. Ebenfalls erlauben wir, die Seilschicht auch des Mittags sowie des Abends pünktlich anzufahren, nicht, daß wie es die letzte Zeit des öfteren vorgekommen ist, daß man 10 bis 15 Minuten warten muß. Auf den Zutritt des Wassers könnte auch ständiger aufgeschaut werden, nicht bis alles überflutet und man gezwungen ist, Seiltänzerlünke zu über. Die Lampen werden noch in denselben ungereinigten Zustande verabsolut, wie vordem auch. Hier scheint wohl das Schmiergeschäft vorzuherrschen, denn verschiedene Lampen werden auch sauber verabsolut. Wir erlauben also nochmals, auf die Mißstände zu achten und dieselben abzuklären, dann hört das Schreien in der Zeitung von selbst auf.

Zeche Karl Friedrich. Wie es die Herren Besonderen fertig bringen, sich unleserliche Arbeiter zu entledigen, dafür liefert der hier sehr gut bekannte Betriebsführer Franke von Zeche Karl Friedrich ein gutes Beispiel. Am 1. Juli bekam der Kamerad K. aus Stiepel andere Arbeit, am 2. Juli wurde er wieder zu einer anderen Arbeit und zwar zum Aufbauen einer alten Strecke kommandiert. Wie er des Morgens seine Arbeit aufsuchte, wurde er an der Grenze von einigen Kollegen angehalten, ein wenig sitzen zu bleiben, was er jedoch ablehnte. Er ging direkt zu seiner Arbeit und besah sich diese. Kurz hinter ihm kam der Steiger Bockelamp angelaufen und rief K. an, er hätte auch Vergant mitgebracht, wogegen sich K. wehrte. Durch diese Geberde wurde der sich unwohl führende Steiger so aufgebrannt, daß er K. sofort herauslachte. Die Beschwerde beim Betriebsführer half nichts. Dieser Herr schenkte dem Steiger einfach Glauben und der Kamerad mußte gehen. Bei einer solchen Aufregung bekam der Mann nirgends Arbeit. Wegen dieser Ungerechtigkeiten erlos K. durch das Arbeiterfestivale Klage beim Bergamtsbezirk zu Gattungen. Am 1. August fand der Termin statt. In diesem Termin erschienen als Vertreter der Zeche Betriebsführer Franke. Als K. seine Klage begründet hatte und es klar war, daß der Steiger den K. zu Unrecht beschuldigt und deswegen auch zu Unrecht seine Arbeit erhalten hatte, kam der Betriebsführer her und wickelte von der Sache ab, indem er den Klein der Aufweisung und der Freiheit begünstigte. Der Steiger habe ihm, dem Betriebsführer, gesagt, daß K. seit einigen Wochen keine Leistungen mehr gemacht habe. Das ganze Revier sei aufgegeben worden und die Folge sei eine Minderleistung. Man sei kein Herr im Hause mehr gewesen. Hier hätte er unbedingt eingreifen müssen. Hierauf meinte der Kamerad K., wenn das so wäre, dann müßte er es bedauern, daß der Betriebsführer ihn 13 Jahre auf dieser Zeche gebunden hätte. Darauf fragte der Vorsitzende den Betriebsführer, wie lange er auf der Zeche sei und wie die Sache sich verhalte, ob er den Mann nicht wieder annehmen wolle. Darauf erwiderte der Betriebsführer, daß er den Mann nicht wieder annehmen würde. Er selbst sei erst vier Jahre als Betriebsführer auf der Zeche und es könnte auch möglich sein, daß K. vielleicht nicht der schlechteste Arbeiter sei, und er den Klageberechtigten herausgegriffen habe. Der Vorsitzende fragte nochmals, ob er den Mann nicht wieder einstellen wolle. Herr Franke lehnte das nochmals ab. Somit wurden dem K. die sechs Schichten zuerkannt, im anderen Teile seine Klage, unter Anverleugung der Kosten, abgemittelt. Dieser Klein, der überall als fleißiger, nucherner und sparsamer Mann bekannt ist, hat sich jedenfalls die Ungnade des Betriebsführers dadurch zugezogen, weil er sich öffentlichen Wahlen nicht den Kandidaten, welche von Herrn Franke empfohlen wurden, seine Stimme gegeben hat. Vielleicht liegt auch der Grund darin, daß K., den man absolut im national-liberalen Verein haben wollte, auch hier den Wünschen des Herrn F. nicht entsprechen hat. Nun, schließlich kümmert es auch den Herrn Franke, als Vorsitzender des national-liberalen Vereins, wenig, ob er einer Arbeiterfamilie das bitterste Unrecht zufügt oder nicht!

Zeche Golland, Schacht III und IV. Auf dieser Zeche haben die Revierleiter nichts mehr zu sagen. Es wird von dem Herrn Fahrleiter Kreuz einfach gesagt: „Für den Wagen Kosten gibt es so und soviel usw.“ Am Ende des Monats wird von dem Betriebsführer und den Fahrleitern die Abnahme gemacht. Die Steiger wieder sagen: „Was verdient wird, wird ausgezahlt.“ Im Monat August sind denn auch Löhne verdient, die jeder Beschreibung spotten. In dem Revier des Steigers Karis sind Löhne von 4 Mk. gezahlt worden. Im Revier I sollen sogar noch bedeutend niedrigere Löhne zu verzeichnen sein. Sehr schlimm ist es bestellt im Revier IV unter Steiger Junglaus. Wie erzählt wird, ist dieser Beamte schon mehrere Jahre Fahrleiter gewesen. Derselbe ist kann hier, versteht jedoch das Anbrüllen der Arbeiter, daß ein Löwe nicht infaunde ist, ihn im Willen zu meistern. Wenn am Ende der Schicht der „Soll“ nicht erreicht ist, wird Junglaus ganz nervös und ruft: Kohlen sollen fallen, Kohlen will ich haben! Wenn die Arbeiter auf die Anweisung des Steigers Junglaus etwas laut antworten, werden sie einfach zu Tage geschickt. Fehlen dem Arbeiter Schichten und er sagt, sein Recht würde er am Bergamtsbezirk suchen, dann antwortet der Beamte höhnisch: Glückliche Reise! — Im Monat sind in diesem Revier Löhne gefallen, wovon viele zwischen 3 und 4 Mark steheln. Die Straftatzen prangen auf Zeche Golland trotz des niedrigen Verdienstes in Stille und Fülle. Wenn die niedrigen Löhne ausgezahlt werden sollen und der Bergarbeiter sich eine menschenwürdige Behandlung verschaffen will, dann ist es an der höchsten Zeit, daß sich alle dem Bergarbeiterverbände anschließen.

Zeche Wassen. Auf diesem Pütt ist die Untreibung in voller Blüte. Schlemereien, Bedingungsänderungen ohne Ende und bei dem geringsten Vergehen hagelt es Strafen, trotzdem der Lohn bald nicht zum Lebensunterhalt ausreicht, daß die Kameraden auch noch ihre Knochen zu Marke tragen müssen, das sieht man an dem Krankenwagen, der recht oft mit Verletzten besetzt ist.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Zeche Anna. Schichtverlängerung und Lohnkürzungen für die Arbeiter des Schwelger Bergwerks-Vereins. Trotzdem der Schwelger Bergwerks-Verein mit seiner Kohlenproduktion die Nachtschicht kaum zu decken vermag, also ein sehr günstiges Abzugsgebiet hat, trotzdem versucht die Zecheverwaltung die Löhne zu kürzen. Wie es heißt, sollen bis 1. Oktober noch 300 Mann angeworben werden. Auch ist es kein schlechtes Zeichen, — welches auf ein günstiges Abzugsgebiet schließen läßt, — daß man auf der Kohlerei fleißig tätig ist, eine weitere Batterie herzustellen, um die Nachtschicht auch an Stots befriedigen zu können. Heber die lange Arbeitszeit auf der Kohlerei haben wir schon öfter in unserer Zeitung berichtet — ohne daß hier etwas geändert wurde. Jetzt versucht man den unterirdischen Kameraden „künstlich“ die Schicht um eine Viertelstunde zu verlängern. Man gibt die Parole aus, daß alle Arbeiter bis 6,15 Uhr ihre Schichtmarke in Empfang genommen haben müssen. Wer auch nur eine Minute später kommt, dem wird die Schichtmarke nicht ausgehändigt und er kann dann wieder nach Hause gehen, um am anderen Morgen früher zur Stelle zu sein. Wenn nun die Kameraden den besten Willen haben, pünktlich ihre Schichten zu verlassen, und es sollten morgens um 6 Uhr, oder kurz nach 6 Uhr mehrere Kameraden an der Markende zusammen eintreffen, dann ist es nicht möglich, daß die Leuten vor 6,15 Uhr ihre Schichtmarke in Empfang genommen haben und unter Umständen bis eineinhalb Stunden Weges

zurückgelegt haben und um 6,15 Uhr ihre Schichtmarke nicht haben, wieder nach Hause gehen. Es ist noch zu erwähnen, daß morgens 5,30 Uhr schon die Seilschicht beginnt und nachmittags wird nicht vor 3 1/2 Uhr, aber einige Minuten später, mit der Seilschicht begonnen. Es heißt natürlich, morgens soll die Seilschicht 5,45 Uhr beginnen und somit wäre die Seilschicht auf 9 1/2 Stunden zu rechnen. Rechnen man nun die Viertelstunde, die die Arbeiter morgens durch den Tausch der Verwaltung früher anfahren, so hat man die 9 1/2 Stunden Seilschicht. Auch Lohnabzüge sind an der Tagesordnung. So kam kürzlich der Obersteiger von Schacht Wilhelm und sagte bei der Bedingungsänderungsregelung, als die Kameraden sich hierzu nicht verständigen konnten: „Ich lege das Bedinge auf 5,50 Mk. und nicht auf 6,00 Mk.“ Also Schichtverlängerung und Lohnkürzungen, wie sich dieses paart bei der ohnehin fernern Lebenshaltung im Nachener-Revier! Mag die Verwaltung der Zeche Anna nur Lüste machen, wenn sich auch der hiesige Bergarbeiter vieles gefallen läßt, alles läßt er sich aber nicht gefallen, besonders keine Schichtverlängerung. Und was sagt der Bergamtsbezirk „Grifflicher“ Bergarbeiter hierzu? — dessen Hochburg angeblich Hildorf ist. —

Hildorf bei Aachen. Der Herr „Ober“ Menage-Verwalter Kleinen und seine Verwaltung. Der Schwelger Bergwerksverein überläßt seinen ober- und unterirdisch beschäftigten Arbeitern ein Mittagessen für 40 Pfg. Hieran wird auch ziemlich Gebrauch gemacht. Um aber nicht in der Menage schlafen zu müssen, haben sich auch viele, die dieses Mittagessen nehmen, eine Schlafstelle gemietet. Neben diesem Mittagessen wird für 20 Pfg. auch Kaffee verabreicht. Derselbe soll aber von solcher Güte sein, daß die meisten darauf verzichten. Der Herr „Ober“ Menageverwalter vertritt es aber auch, für den nicht losgerenderten Kaffee seine Einnahme zu machen. So haben sich schon öfter Kameraden geflagt, daß der Herr „Ober“ ihnen für Kaffee, den sie nicht erhalten, pro Tag 20 Pfg. in Anrechnung gebracht habe. Auch heute kommt wieder ein Kamerad und klagt, daß ihm neben seinem Mittagessen pro Tag noch 20 Pfg. für Kaffee abgezogen wurden, trotzdem er niemals Kaffee genommen habe. Als der Kamerad höhererorts vorstellig wurde, teilte man ihm mit: „Wir müssen glauben, was K. schreibt! Wir können nicht wissen, ob Sie den Kaffee bekommen haben oder nicht.“ Der Kamerad sollte sich nur an K. wenden, damit er sein Geld zurückbekomme. Als er nun nach K. zurückging und ihn nochmals auf die unrechtmäßige Anrechnung des Kaffees aufmerksamer machte, sagte der Herr „Ober“ Menageverwalter: „Was ich geschrieben habe, bleibt geschrieben und Sie bekommen nichts zurück.“ Der Kamerad aber hat denn auch tatsächlich bis heute noch nichts zurückbekommen. Die Sache wird daher dem zuständigen Gericht überwiehen werden. Nun endlich wird es uns auch klar, weshalb der Herr „Ober“ Menageverwalter ein so großer Feind des Bergarbeiterverbandes ist.

Hannover, Braunschweig, Hessen-Nippen.

Pölatische Steinkohlenwerke Barsinghausen und Bantorf a. Deister. Das es auch der Fiskus bezw. obige Verwaltung es außerordentlich gut versteht, die Zeit des wirtschaftlichen Niederganges für das Werk zum Vorteil auszunutzen, beweisen die überaus jammervollen Löhne. Werabzu Kainabild sind die Löhne der jugendlichen Arbeiter. 1.— Mk., 1,20 Mk. bis 2.— Mk. kommen zur Auszahlung. Ein solcher Arbeiter, der in 24 Schichten 28.— Mk. verdient, wurde noch mit einem Skenerjetzt beglückt. Vergnügen, hast es herrlich weit gebracht. Nicht einmal das Logisgeld konntst du verdienen, geschweige denn ein Etich anschaffen, aber Steuern blechen und nicht mucken, das darfst du. Nicht zuletzt sind es diese, die in den letzten Jahren Millionen von Werten herausgeschaffen hatten, die man hier so überaus kluglich entkocht. Wenn so traurig liegen auch die Lohnverhältnisse bei dem größten Teile der verheirateten Bergarbeiter. Der Schichtlohn beträgt für Paner 2,00 Mk., Lehnhauer 2,00 Mk., Schreyer erster und zweiter Klasse bedeutend niedriger. Hauer vor Koble gehen zum Teil mit 3,20 Mk. nach Hause. Und trotzdem scheint der Verwaltung die Lohnhöhe von 3,20 Mk. noch zu hoch zu sein, man schute sich nicht, und nahm an dieser Arbeit noch eine Lohnreduzierung von 10 Pfg. pro Wagen vor. Auf Arbeitstagen, wo die „enorme“ Summe von 3,40 Mk. verdient wurde, wurden pro Wagen 20 Pfg. abgezogen. Wenn Kumpels sich gegen diese Bedingungsänderung wehren, haben sie noch oft genug den Spott der Unterbeamten einzustechen. „Die vom Gaudoverfahren kommen, saufen zu viel Schnaps, und die Bessen freffen zu viel biden Reis, deshalb könnt ihr euch nicht bewegen“, so meinte kürzlich ein Fahrsteiger, als man auf das schlechte Bedinge hinwies. Wir raten diesem Herrn, daß er erst vor seiner eigenen Haustür steht, che er sich mit anderen zu beschäftigen laßt. Dann aber möchten wir die Inspektion ersuchen, endlich einmal Trinkwasser an die Arbeitsstellen zu beschaffen. Arbeiter, die ihren Stofke getrunken haben, nehmen mit Wasser vorlieb, was aus alten Stofken fließt. Auch wäre es angebracht, einmal einen Kammerjäger zu beordern, in der Kasse ist Ungeziefer genügend. Dortselbst genügt es auch nicht, daß jezt die Bräusen eingemangelt laufen, man soge auch für den Abfluß des Wassers. Kameraden, daß derauf traurige Lohnverhältnisse herrschen, daran sind diejenigen Schuld, die da glauben, eine Organisation nicht zu bedürfen, die von einem Lächeln eines Beamten mehr Annehmlichkeit verspüren, als von einem gestillten Magen. Wenn an die Lohnagierten, werbe jeder für die Organisation. Es muß nichts, die Faust in der Tasche zu halten. Agitiert für die Organisation!

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Aus der Grafschaft Mansfeld. Wieder nach Paris geijrt wurden kürzlich auf Hohenfalschacht ungefähr 50 Mann. Angeblich waren sie zu spät gekommen. Einige davon haben den Beschwerdebeweg gemacht. Voraussetzlich wird keine nicht viel herauskommen. Den Beschwerdeführern wird man bald begreiflich machen, daß ein echter „Reichstreuer“ unter allen Umständen tüsch sein muß. Wenn man bei jeder Gelegenheit wie ein Hund mit dem Schwanz wedelt, sobald sich ein Beamter blicken läßt, dann darf man sich nicht wundern, wenn man zuletzt auch wie ein Hund behandelt wird. Auch auf diesem Schacht wird eifrig nach bekannter Methode für den reicheren Verband gearbeitet. Sogar die hier beschäftigten Kinder werden dazu angehalten. Namentlich ist auf diesem Gebiet ein Steiger Krome eifrig tätig. Der „Bergbote“ hat jezt eine besondere Spalte eingerichtet für „Sozialistenbekämpfung“. Was da gebracht wird an Lügen und Schwindeln, steht wohl einig da. Für alles wird die dreimal ttt Sozialdemokratie verantwortlich gemacht. Uns wundert nur, daß man uns nicht auch die Verantwortung dafür aufgeschwatzt, daß in letzter Zeit fast jeden Monat so ein echter reichstreuer Knochen wegen Sittlichkeitsverbrechen verurteilt wird. Warum schreiben sie darüber nichts, Herr Blümel?

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Nieder-Gernsdorf. Auf den hiesigen Gruben, wo schon immer nicht das meiste Geld verdient wurde, wird jezt die Lohnreduzierung mit Hochdruck betrieben. Wird doch kaum noch ein Bedinge abgeschlossen, womit nicht eine Lohnreduzierung verbunden wäre. Die Bedinge werden jezt durchgängig so gestellt, daß niemand etwas verdienen kann. Selbst den Arbeitern, welche beim Spülverlah beschäftigt sind, ist der Lohn, trotzdem diese Leute die ganze Schicht im Wasser stehen, bis zu 25 Pfg. pro Schicht gekürzt worden. Doch ... alle in die Löhne, sondern auch die Arbeitsverhältnisse werden immer trauriger, wie folgendes beweist. In der ersten Abteilung werden vor einem Weiler schon seit längerer Zeit Hauer mit Vergausfüllen beschäftigt. Trotzdem dort mindestens 30 Grad Hitze vorhanden, müssen diese Leute volle acht Stunden schuften und die Folge? Ein Arbeiter konnte den kolossalen Durst nicht mehr anschaffen. Er trank Wasser, wurde krank und mußte in's Lazarett geschafft werden. Lag da auch Simulation vor, verehrte Grubenverwaltungs?

Nieder-Gernsdorf.

Die größte Mühschickigkeit, die ihres gleichen sucht, ereignete sich am 26. August auf der Mühschickgrube. Dort vor der Waschkasse stand ein Bretterwagen, in welchem mit der Schaufel die Aborte entleert wurden, und nach über Mittag in der drückenden Schwüle, wo zum Schichtwechsel so viele Hunderte von Arbeitern aus- und eingekehrt, sich wuschen, umkleiden und, was selbstverständlich ist, auch Prost mit in solche Räume bringen. Die Luft wurde durch die Entleerung in und außer der Waschkasse derart verpestet, daß es kaum zum Aushalten war. Wie durch solche Art und Weise dem Gebote der Humanität, Gesundheitspflege, Rechnung getragen wird, lassen wir die Öffentlichkeit entscheiden. Schade, daß nicht mindestens alle Wochen ein Minister oder Regierungspräsident die Grube besichtigt. Die Zustände wären für die Arbeiter bedeutend besser. Ist man doch bei derartigen Umständen dann beschreit, jeden Mitthauer zu verkleinern. Hier aber famen ausschließlich Arbeiterinnen in Frage, das erklärt alles.

Königreich Sachsen.

Grube Gottesfegen-Zugau. Etwas mehr als notwendig, scheint man sich auf gerantem Wert um die Arbeiter zu bekümmern. Bisher ist es immer bei nützlichen Scherzen überlassen worden, ein gut funktionierendes Spindelwesen zu besitzen, um damit angebliche Fehde den Tyrannen auszuliefern. Dagegen scheint man auf Gottesfegen einzukommen. Wenn man auch hoch oben auf der Galde einen Galgen noch nicht errichtet hat, so hängt man es doch fest, den Bruchhieb höher zu hängen. Die hohen Torturen müssen manche Kameraden durchmachen, bevor sie einen Großteil Schlichtlohn zugewinnen. Ein wahres Verbrechen dieser Art ist in der Person des Oberleiters Fall vorhanden. Oben direkt Zwang verübt man auszuhalten, um die ausgesuchten Opfer zu verurteilen, aus dem Verband der Bergarbeiter auszutreten. Man will also Männer, die nach den eigenen Worten des Herrn Fall, in Bezug auf Arbeit die besten sind, zwingen, ihre christliche Überzeugung für einen Großteil Schlichtlohn zu verkaufen — und dann zum Gefinnungs-Lumpen zu werden. Man will nichts weniger, als unsere Kameraden der Gewerkschafts-Organisation, dem gelben Verein sächsischer Knappen zuführen. Um dieses zu erreichen, sind eben alle Mittel gut. Es gibt ja Beamte, welche sich schämen, den Arbeitern vorzuschreiben, wo sie sich organisieren sollen, das schreit aber hier nicht der Fall zu sein. Um liebigen einige Fragen an den Oberleiter Fall. Wer gibt Ihnen das Recht, sich um Dinge zu kümmern, die Ihnen nichts angehen? Die Arbeiter haben zu Hause während ihrer freien Zeit, ausüben, was sie wollen, das geht doch zu einem Oberleiter nichts an. Wissen Sie denn nicht, daß wir das 20. Jahrhundert schreiben? Ein anständiger Mensch lehnt es ab, sich mit Spindel und Demütigungen abzugeben, da diese Sorte von Menschen überall der größten Verachtung preisgegeben werden. Heilige Charaktere werden dieses Geständel. Wo sollen wir hinkommen, wenn der Arbeiter zu Hause nur das tun darf, was ihm der Herr Oberleiter erlaubt. Es gibt Menschen, in deren Köpfen doch ganz gewaltige Reparaturen notwendig sind, bevor sie einsehen lernen, daß außer den Grubenbeamten auch noch andere eine eigene Meinung haben. (Hat denn der Oberleiter eine eigene Meinung? Die Deb. der Bergarbeiter-Zeitung.) Im Übrigen möchten wir den Oberleiter Fall ermahnen, doch einmal recht still in seinem Kämmerlein nachzudenken, welche große Kluft er gegenüber der Arbeiterbewegung ist. Wir können ihm nur raten, alles anzufachen, um in Wirklichkeit einmal Mensch zu werden, wie es sich gehört. Hoffen wir, daß auch die „Bergarbeiter-Zeitung“ nicht nur für Verbandsmitglieder, sondern auch für manche Beamte einen eben und erzieherischen Einfluß ausübt. Dringende Notwendigkeit ist vorhanden.

Süddeutschland und Reichslande.

Grube Neuling, Steinberg und Dierdingen. Auf diesen Gruben, die an der Ludwigsburger Grenze liegen, nehmen die Klagen kein Ende. Ein fortwährend starker Beschäftigungswechsel bringt es dann auch mit sich, daß der Unfall hier nicht weniger werden. In Strafen fehlt es auch nicht, soll doch unglücklich sogar einem Kameraden, der einige Schichten feierte, außer der Strafe wegen Fehltens ohne Urlaub, auch noch Strafmandat abgezogen worden sein. Höher geht es schon nicht. Wenn Lohnstrafen oder vielmehr Standgeld zu bezahlen ist, soll man sogar noch dazu die Bergarbeiter heranziehen. Besonders klagen hier die Schlepper. Der Hauer macht den Gebirgsarbeiter, natürlich versucht die Grube das Gebirge so weit wie möglich herunter zu regulieren. Da nun der Schlepper vom Hauer bezahlt wird, fallen für diesen, wenn der Hauer sich nicht menschlich fühlt, recht miserable Löhne ab. Die Schlepper warten mit Schmerzen darauf, daß mit diesem System gebrochen und sie den Anspruch auf Gehalt bekommen, daß für sie ein bestimmtes Prozent des verdienten Lohnes, wie auf anderen Gruben schon eingeführt, ausbezahlt wird. Vielleicht, daß die Verwaltung baldigst dazu übergeht, um den Wünschen der Schlepper gerecht zu werden.

Walmringen. Von verschiedenen Kameraden wird uns gesagt, daß man, versehen mit einer Abkehr von Grube Schweller, auf Grube Krämmer nicht eingestellt wird. Im umgekehrten Falle soll dieses aber geschehen. Welche Beweggründe mögen da vorliegen, daß man einem solchen System huldt? Sollte auf Grube Krämmer vielleicht ein Herr sein, der nicht gut Freund mit der Verwaltung von Schweller ist und dies den Arbeitern bühnen läßt. Möge man solche kleinliche Schikanierungen doch unterlassen, sie tragen nicht dazu bei, die Arbeiter immer mehr zu reizen und auch in Zeiten schlechter Konjunktur könnte ihre Geduld einmal ein Ende nehmen. Ferner geht uns von einem Kameraden der Walmringer Grube die Klage zu, daß Versprechungen auf ein höheres Gebirge nicht immer gehalten werden, sondern am Lohnstag der Lohn geteilt nicht mit den gemachten Versprechungen übereinstimmt. Mögen sich die Kameraden merken und sich nicht von schönen Worten betören, sondern sich den vereinbarten oder versprochenen Gebirgslohn schwarz auf weiß geben lassen, auf daß sie bei Nichterhaltung das Verzicht in Anspruch nehmen können.

Kameraden meidet den Alkohol!

Die Bewilligung der Steuern auf Schnaps und Bier haben innerhalb der deutschen Arbeiterschaft eine lebhafteste Bewegung vornehmlich gegen den Branntweingenuß ins Leben gerufen. In allen Gegenden Deutschlands beantworten die Arbeiter die Taten des sogenannten Schnapsblocks mit der ganzen oder teilweisen Einstellung des Branntweingemisses, damit besonders die bewilligungswütigen zentriert-konfervativen Junker und Schnapsbrenner getroffen werden sollen. Bekanntlich ist der Branntwein mit dem vierfachen Betrag besteuert, den er an Wert repräsentiert. Gelingt es der deutschen Arbeiterschaft den Schnapskonsum nur um ein Viertel zu verringern, dann geht den Schnapsjunkern die Liebesgabe, jährlich in Höhe von über 50 Millionen Mark zum Teufel. Schon das allein müßte ein Ansporn sein, den Schnapsgeiz entweder ganz oder bis aufs geringste Quantum zu ermäßigen. Unser Verband hat mehr als 110000 Mitglieder, tausende von ihnen haben bisher den Branntwein entweder als Sorgenbrecher oder als Genußmittel (Nahrungsmittel ist der Schnaps nicht, wohl Gift für Geist und Körper) genossen. Wenn diese tausende unserm Ruf folgen, wie die hunderttausende Arbeiter anderer Berufe dem Ruf ihrer Organisation Folge leisten werden, dann kann die deutsche Arbeiterschaft das sich gesteckte Ziel erreichen. Und die Volksausplünderer erhalten einen Schlag, an den sie denken werden können. Wenn schließlich das Bier nicht völlig gemieden werden kann, mit dem Schnaps muß es gehen. Dafür können wir uns und unsere Familien bessere und gesündere Nahrungs- und Genußmittel zukommen lassen. Darum Kameraden schließt euch alle der Bewegung an und meidet den Schnaps, diesen Feind der Menschheit diesen Scharbo, aus dem die Volksausplünderer jährlich Millionen auf Millionen schöpfen auf Kosten der Arbeiterklasse!

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

zu unsere Kameraden!

Da in den letzten Wochen im christlichen Gewerkschaftslager die größten Antreuen gemacht worden, um die Zentrumspolitik bei der Finanzreform zu vertuschen und zu verteidigen und da, wie die letzte Nummer des „Vergnappens“ zeigt, man hierbei nicht die saubersten Mittel anwendet, haben wir zur Abwehr auf die „christliche“ Kampfes-taktik in dieser Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ eine Anzahl Artikel erscheinen lassen, die unseren Kameraden als Waffen gegen die christlichen Angriffe und Verdrängungen dienen sollen. Es ist selbstverständlich, daß unsere Kameraden diese Nummer nicht wegwerten, sondern als Material aufheben. Leider hat es sich nicht vermeiden lassen, daß eine Anzahl Einwendungen aus Kameradenkreisen für die nächste Woche zurückgestellt werden mußten. Wir hielten es für zweckmäßig, die Einsetzung der christlichen Gewerkschaftsmitglieder durch den „Vergnappen“ möglichst schnell und geräuschlos zu registrieren. Das wird nicht ohne Nutzen für die Gesamtbergarbeiterchaft sein. Wir sehen die stark sinkenden Löhne der Bergarbeiter deren Lebenshaltung verschlechtern, hierzu tritt die Teuerung u. g. Es ist notwendig, den Bergarbeitern Ursache und Wirkung dieser Teuerung so vor Augen zu führen, daß die Verbrecher am arbeitenden Volke für allezeit klar gekennzeichnet sind. Die Redaktion.

Die parteipolitische Entwicklung des alten Bergarbeiterverbandes.

Unsere wöchentlichen Feststellungen über die Volksausplünderung und den Arbeiterbetrug durch die Zentrumspartei haben es mit sich gebracht, daß den Zentrumsorganen wie den christlichen Bergarbeiterführern schließlich die Gasse überlaufen ist. Aus dem Bureau des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter wurde das Signal gegeben, und die Zentrumsorgane des Westens sind im Chor dann heulend auf uns losgestürzt. Eine Widerlegung unserer wöchentlich wiedergegebenen, allemöglichen Feststellungen gibt es selbstverständlich nicht, dafür aber geht man hin, kauft alte verfaulene Zitate zusammen, mit denen man sich schon früher gewöhnlich die Leute aus den Saiten trieb. Aber man weiß es ja, in der Not frißt der Teufel Fliegen!

Eine Zusammenstellung München-Glabbacher Zitate, die nichts besagen und nichts beweisen, das ist der Artikel, der unter der Überschrift „Die parteipolitische Entwicklung des alten Bergarbeiterverbandes“ die Kunde durch die Zentrumspresse machte und der eine gar lustige und eigenartige Vorgeschichte hat, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. In dem Artikel heißt es am Schluß:

„Der Ausgang der Finanzreform gibt dem Verbandsorgan und den Verbandsagitatoren wieder Veranlassung, in der gefälligsten Weise über das Zentrum herzufallen und die Sozialdemokratie als die einzige wahre Arbeiterpartei hinzustellen. Sie wollen bei dieser Gelegenheit einen großen Fischfang unter den bisher noch nicht sozialdemokratischen Arbeitern tun. Gleichgültig wird ihnen dieses Geschäft durch die infolge der politischen Entwicklung unter den bürgerlichen Parteien herrschenden scharfen Gegensätze.“

Dieser politische Galimatias, so sollte man glauben, sei zusammengeleitet mit dem Ungeheuren Zitate aus der Kasse irgend eines zentralistischen Korrespondenzbureaus gekommen. Etwas aus Berlin oder aus München-Glabbach. Das ist nicht der Fall. Der Artikel, der den Stellungnahme für das Zentrum auswählt, wurde fröhlich in Zentra-l-Bureau des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter zusammengebracht und an die Zentrumsorgane verschickt. Die Dortmund „Trenonia“ war frei genug, die Quelle anzugeben. Das ist diesem Organ aber schlecht bekommen. Schon am anderen Tage lasen wir in der „Trenonia“ folgende Vertuschungs- und Entschuldigungs-Notiz:

„In der Nr. 248 brachten wir einen Artikel mit der Überschrift: „Die parteipolitische Entwicklung des alten Bergarbeiterverbandes.“ Es ist uns infolge eines Fehlers unterlaufen, als der Artikel uns nicht vom Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter zugeht, sondern eine Privatarbeit ist.“

Dieser „Fertum“ ist so wunderbar, daß man ihm nur mit einem sehr verständnisvollen Lächeln gegenüberzutreten kann. Wenn die Feststellung eines „Fertums“ gerade in diesem Falle nicht so hoch nötig war, dann hätte man ihn noch hinzunehmen. Aber die Dinge stehen so: blieb es bei der Quellenangabe, dann hätte sich der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter selbst als der Schutengel und Hausreißer der Zentrumspartei in der Frage der Reichsfinanzreform bezichtigt und damit auch gleichzeitig der Einseitigkeit der zentriert-mitlichen Wählermassen. Man denke, der christliche Gewerkschaftsverein bezichtigt sich selbst der parteipolitischen Propaganda für die Zentrums-partei! Das hätte dem „neutralen“ Gewerkschaftsverein nicht wenig Scherereien eingebracht in- und außerhalb seiner Reihen. Und so kam es, daß der Gewerkschaftsverein mit Unkel Brangel anrufen ließ: „Zu dementiere mir!“ Wir aber sagen mit dem alten Amtshauptmann „ut de Franco-jentium“: „Was scharwen is, is scharwen!“

Der „Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter“ ist der allzeit getreue Kalmud der Zentrumspartei gewesen. Für seine Arbeitervertreterei ist das Zentrum jetzt in Not, und da springt ihm der christliche Gewerkschaftsverein bei, liefert Artikel und macht auch die Zentrumspresse aufmerksam auf den Artikel, der in der letzten Nummer des „Vergnappens“ gegen den Verband erschien. Der Artikel wird nämlich tüchtig von der Zentrums-presse ausgefachtet. Aber was sie nicht fortjagen können, die Zentrums-partei samt dem christlichen Gewerkschaftsverein, das sind die neuen Steuern, die Teuerung und die Wahrheit, daß das Zentrum bei der Finanzreform entgegen früheren Versprechungen schlimmsten Arbeiterbetrug getrieben hat! Das ist die Vorgeschichte des Artikels. Wenn man in diesem Artikel nun nachweist durch einen Hausen Zitate, daß die „Bergarbeiter-Zeitung“ dann und wann für die Sozialdemokraten eingetreten ist, so haben wir auch die Gründe dafür angegeben, die selbstverständlich der Artikelschreiber verschweigt. Wir wollen diese Gründe hier kurz zusammenfassen: **Wir haben in der sozialdemokratischen Partei in den Parlamenten die beste Vertreterin der Bergarbeiterinteressen, der Arbeiterinteressen überhaupt.** Sie zu stärken und für die sozialdemokratische Partei einzutreten, scheuen wir uns nicht. Aber wir würden uns schämen, als Arbeiter und Vertreter von Arbeitern Volksausplünderern und Volksbetrügerinnen Gefolgschaft zu leisten!

Das es Gesetze für die Bergarbeiter zu verschandeln galt, da hat das Zentrum nicht gefehlt. Wo es galt, dem arbeitenden Volke durch Hölle und indirekte Steuern die Lebenshaltung zu schmälern, da fehlte das Zentrum nicht. Und wenn wir nachfragen wollen, wo die schlimmste Unduldsamkeit, die schlimmste Arbeiterausbeutung, die größte geistige Rückständigkeit vorherrschend ist, dann müssen wir in solche Bezirke gehen, wo nach alter Weise die zentriert-konfervativen Herrschaften noch das Szepter schwingen. Solchen Leuten nachzugehen, das heißt nichts weiter für die Arbeiter, als moralischen Selbstmord zu üben. Das machen wir nicht mit! Wir glauben, unsere schwarzen Freunde seinerzeit zufriedengestellt zu haben, erklären aber, daß wir mit derselben Wärme für die Zentrumspartei

eintreten würden, wenn sie sich als wirklich arbeiterfreundlich erweise wie die sozialdemokratische Partei. Heute aber ist die Zentrums-partei volksfeindlich und reaktionär, trotz des Tropfens sozialen Deles, mit dem sie sich so gern saubert. **Wir haben als Arbeiter und Gewerkschaftler Lebensinteressen zu wahren. Wer diese Lebensinteressen schätzt, ist unser Freund, das hebt unsere unabhängige Stellung zu den Parteien als solche nicht auf. Parteipolitisch unabhängig marschieren wir dennoch mit der großen Arbeiterarmee, die durch eigene Kraft die Befreiung der Arbeiter aus geistiger und physischer Sklaverei zu erringen sucht. Der „Vergnappens“ hat damit ein Bittat mehr —**

Noch ein Wort, wie Zitate zustande kommen. In einer Belegschafts-versammlung der Zeche Concordia soll der Verbandsabgeordnete Pokorny eine Agitationsrede für die Sozialdemokratie gehalten haben. Warum haben, so fragen wir, die drei anwesenden christlichen Sekretäre nicht gleich in der Versammlung bewiesen und warum sagen sie uns nicht auch noch heute, wo und in welchen Darlegungen die Agitation für die Sozialdemokratie in Pokornys Rede zum Ausdruck gekommen ist. Die drei christlichen Sekretäre brachten aber gemeinsam nicht so viel Hirn auf, um in der Versammlung ihren Standpunkt zu der auf der Tagesordnung stehenden Frage: Ursachen und Wirkungen der wirtschaftlichen Krise, zu vertreten. Solche Art christlicher Agitatoren sind auf den bekannten M.-Glabbacher Lehrling gebillt, die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften unter allen Umständen zu beschimpfen! Als Waffen hierzu werden für die christlichen Agitatoren dann die Zitate zusammengewetzt.

Wenn das nicht wäre, hätten die drei christlichen Sekretäre herausgefunden, daß selbst bürgerliche Volkswirtschaftler die Frage der Ursachen der Krise so behandelt haben, wie es im Vortrag Pokornys geschehen ist. Nur einmal sprach Pokorny über den Sozialismus und das war, als er folgende schon viel zitierten Worte Pizos, des bekannten katholischen Sozialpolitikers, mitteilte und erklärte:

„Es ist ein unnatürlicher Zustand: die Arbeitsmittel unbenutzt liegen zu sehen und die Arbeiter hungern und — müßig. Das ist offenbar ein ungesundes Verhältnis, das ist das Verhältnis von Kapital und Arbeit auf den Kopf stellen. Wenn das unsere Gesellschaft nicht ändern kann, dann ist sie wert, daß sie zu Grunde geht.“ In Zeiten des Aufschwunges zu viel Kapital und zu wenig Arbeit; in Zeiten des Niederganges: zu wenig Kapital und zu viel Arbeit. **Es muß ein Ausgleich möglich sein, und wenn kein anderer gefunden wird, müssen wir den des Sozialismus akzeptieren: Ausgleich durch die ordnende Staatsgewalt.**

Als die christlichen Sekretäre Steger, Thiele und Gossen bei diesem Zitat von Sozialismus hörten — gingen sie hin und heulten — von der „sozialdemokratischen Rede“ Pokornys in einer Belegschafts-versammlung! Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!

Warum der Bergarbeiterverband die Sozialdemokratie nicht bekämpft und beschimpft.

Als ein Teil der heutigen christlichen Gewerkschaftsführer aufstiegen, sich die ersten Hörsen anzugleichen, also zur Zeit wo noch Arbeiter-verbände waren wie heute christliche Gewerkschaften stellen und damals an der sozialdemokratischen Partei vertreten wurde unter Hinweis auf den sozialdemokratischen Zukunftsstaat abgesetzt und verhöhnt wurden, da haben die Bergarbeiter den Sozialdemokraten schon zu danken gehabt. Nicht nur, daß die Sozialdemokraten, damals soziale Partei, die einzigen Vertreter der Arbeiterfragen waren, nein weil sie auch mit großer Fleiß diese Forderungen vertraten und unermüdblich für ihre Durchföhrung wirkten. Nicht nur im Reich, auch in den Einzelstaaten. Soweit die Bergarbeiterfrage in Betracht kommt, mag eine Zusammenstellung aus den Akten des **sächsischen Landtages zeigen, daß die Sozialdemokratie vom Tage ihrer parlamentarischen Tätigkeit an praktisch im Interesse der Bergarbeiter tätig gewesen ist.** Der sächsische Bergarbeiterverband faulde von 1877 ab wiederholt Petitionen an die Regierung und den Landtag, um Reformen des Berggesetzes zu erreichen. Es kamen dann im sächsischen Landtage folgende Verhandlungen zustande:

- 1. Interpellation Liebnicht vom 23. Februar 1880: a) Brückenberg-Katastrophe, b) Knappschaftswesen, c) Haftpflicht betr. S. 1104 ff.
- 2. Interpellation Stephan, Knappschaftskassen und ihre Leistungsfähigkeit betreffend behandelt am 27. November 1879 (Seite 106 ff.)
- 3. Am 31. Dezember 1881 spricht Liebnicht über die Petition Seifert, Wolf und Gossen (Vericht Nr. 51) über die Entlassung und Einbuße der Knappschaftsrechte. Liebnicht verlangt Reform des Knappschaftswezens. (Seifert und Wolf waren sozialdemokratisch gefonnene Bergarbeiter.)
- 4. Eine Enquete der Regierung ist die Folge der Debatte vom Jahre 1879 über denselben Gegenstand.
- 5. Nach Angabe Liebnicht (Seite 340, Sitzung vom 21. Dez. 1881) habe Dinter, ein sozialdemokratischer Agitator, schon im Jahre 1868 eine Petition der Bergarbeiter eingereicht.
- 6. Liebnicht fordert am 21. Dezember 1881 (Seite 341) auch Veränderung des § 80 des sächsischen Berggesetzes.
- 7. Minister von Hoffmühl-Wallwitz bestätigt hierbei (Seite 343), daß Petitionen seitens der Bergarbeiter seit einer Reihe von Jahren beim Ministerium des Innern eingegangen sind.
- 8. Die Petition Seifert und Gossen waren Veranlassung zu dem Beschluß (Seite 345, Verhandlung vom 21. Dezember 1881), daß die Regierung dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf vorlegen solle. Derselbe erschien schon am 15. Februar 1882.
- 9. Der Gesetzentwurf, die Rückerrichtung der Veitriche betr., erschien schon unter Nr. 45 am 18. Februar 1882 und wurde am 20. Februar 1882 vorberaten.
- 10. Liebnicht hatte unter Nr. 153 einen Antrag, eine Landes-Knappschaftskasse zu gründen, eingebracht, der gleichzeitig am 20. Februar mit zur Vorberatung stand (Seite 1008).
- 11. Die Schlußberatung des Gesetzes und des Antrages Liebnicht erfolgte am 25. Februar 1882 (Seite 1005 ff.). Hierbei wird sehr gestellt, daß nach dem Berggesetz vom Jahre 1851 selbst Arbeiter, die technisch abgingen; je nach Zustimmung des Revisorausschusses ihr Anrecht aufrecht erhalten können (Seite 1006, zweite Spalte).
- 12. Die Sozialdemokraten stimmten am 25. Februar 1882 dem Gesetzentwurf zu (Seite 1007).
- 13. Unter Nr. 14. Februar 1884 beschwerten sich die Bergarbeiter der Brückenbergsschächte über Mißstände.
- 14. Unter Nr. 21. Dezember 1883 wurde eine Petition zum Berggesetz vom 26. November 1883 von Knappschaftskassen und dem Verband der sächsischen Bergarbeiter eingereicht.

Der sächsische Berg- und Hüttenarbeiterverband hat auch an die Reichsregierung in den achtziger Jahren bei Gelegenheit der Versicherungsgesetzgebung wiederholt Petitionen gesandt. Ebenso hat er wiederholt Petitionen an den sächsischen Landtag gesandt, um das Berggesetz (Schlichteit, Inspektionswesen, Knappschafts-wesen) weiter zu reformieren.

Die sozialdemokratischen Fraktionen im Landtage und Reichstage haben diese Forderungen stets noch kräftig vertreten. Auch der Verband der Bergarbeiter Deutschlands hat wiederholt Petitionen an den Landtag gesandt und Reformen verlangt, die nur zum Teil anerkannt sind.

Nach an den Reichstag petitionierte der alte Verband wiederholt so auch um Einführung eines Reichsberggesetzes. Die sozialdemokratische Fraktion stellte schon in den neunziger Jahren entsprechende Anträge, die der Reichstag erstmalig am 29. November 1899 verhandelte und später zum Teil annahm, der reaktionäre Bundesrat aber lehnte sie ab.

Die bürgerlichen Parteien haben einschließ-lich des Zentrums nichts getan, um solche Wünsche dem Bundesrat ein für allemal auszutreiben. Sie hätten die Durchführung des Reichsberggesetzes abhängig machen sollen von den Bewilligungen von Regierungsforderungen. Es wäre gewiß anders aus im Vergangenen. Aber freilich, haben doch die bürgerlichen Parteien und mit ihnen das Zentrum oft genug zum Ausdruck gebracht, daß sie auf ein Reichsberggesetz nicht so sehr verpicht sind. Zentrumsabgeordnete

Haben sogar — wie Geißler — direkt vor einer Einführung eines Reichsberggesetzes gewarnt.

Der Bergarbeiterverband

richtete an die Reichsregierung eine längere und gut begründete Petition, die Überwindung des Eingriffs der Reichsversicherungsordnung betreffend.

Wurzkrankheit.

Wie uns mitgeteilt wird, sollen sämtliche Arbeiter und Beamte auf der scheidenden Seite auf beide Oberhäusen (Schacht ist nicht angegeben) mit der Wurzkrankheit befallen sein.

Die neue preussische Berggesetzelle

Am 3. September 1909 in Kraft getreten. Die Bestimmungen über die Organisation, Wahl, Zuständigkeit und Geschäftsführung des Arbeiterauschusses, sowohl über die Wahl und Tätigkeit der Sicherheitsmänner

Wirkung der Krise.

Welchen Umfang die Krise und damit zusammenhängend die Arbeitslosigkeit im Bergbau angenommen hat, geht aus dem Vergleichswert auf den dem Allgemeinen Knappschaftsverein Bochum angeschlossenen Zechen im zweiten Quartal 1909 hervor.

Table with 3 columns: Monat, Zugang, Abgang. April: 14 447, 18 501. Mai: 14 457, 17 400. Juni: 16 065, 15 647. Insgesamt: 44 970, 51 548.

Der Abgang übersteigt den Zugang also um 6071, um soviel Arbeiter hat sich also der Gesamtbeschäftigung der in Frage kommenden Zechen verringert.

Ein Steiger an die Bergarbeiter.

Von einem im Heddinghauser Kreise amtierenden Steiger wird uns geschrieben:

Deutscher Bergmann, wache auf! Mit diesem Mahnruf erlaube ich mir der deutschen Bergarbeiterschaft entgegenzutreten. Denn wenn sie von einer schlechten Zeit der Bergarbeit die Rede war, so haben sich jetzt die Zustände auf den Bergwerken fast zur Unerkennlichkeit herausgebildet.

Obermarzloch. Der Wirt Neuhaus-Obermarzloch, Hafmannstraße hält es nicht für nötig, dem Verbands sein Lokal für Versammlungs-zwecke herzugeben.

Königreich Sachsen.

Sohndorf. Auf dem Helenebschacht hat sich vor kurzem eine Abteilung Königsreuer Säger gebildet, worunter sich auch einige frühere Verbändler befinden.

Süddeutschland und Reichslande.

Aus dem Oberbayerischen Bergwerksrevier Garzham. In Nr. 31 des „wahrheitsliebenden“ „Bergknappen“ ist über die Kranken-kasse, speziell über die Ausgaben des Krankenhauses in Garzham folgende Mähergeschehnisse zu lesen:

Im Jahresbericht für 1908 des Miesbacher Knappschaftsvereins fehlen gegenüber 1907 die Angaben für die Ausgaben des Krankenhauses Garzham und die Zahl der Verpflegungstage in demselben.

herauszucken mit ihrem Fieberwisch. Heraus, mit Tatsachen und mit einmal genau den „Umfang und die Rentabilität des Geschäftes“ aus-einanderzusetzen.

Aufruf

zur weiteren Unterstützung der Ausgesperrten und Streikenden in Schweden.

Der Kampf der schwedischen Arbeiterchaft gegen die Massen-aussperrungstaktik des organisierten Unternehmertums geht nun bereits in die sechste Woche.

Nach fünfwöchigem Ausstand haben die schwedischen Gewerkschaftsvorstände jetzt beschlossen, eine Frontänderung zu vollziehen.

Die konservative Regierung Schwedens hat sich völlig in den Dienst des aussperrenden Unternehmertums gestellt.

Der Kampf in Schweden ist also keineswegs beendet, wie die bürgerliche Presse glaubhaft machen will, er ist auch nicht im Ab-schauen begriffen, er ist nur in seinem Umfang eingeschränkt.

Die Gewerkschaftskartelle werden ersucht, diese Sammlungen durch öffentliche Versammlungen unter Darlegung des derzeitigen Standes der Dinge zu fördern.

Alle Geldsendungen sind nach wie vor nur an die Adresse des Kassierers der Generalkommission, S. Rube, Berlin SO. 16, Engel-ufer 15, zu richten.

Briefkasten.

Frau Wehrens. Ueber die Zuwendung der „Arbeit“ des Flug-blattes haben wir uns geäuert. Die Ueberlassung der „Arbeit“ war wolle nicht nötig, da wir selbst zwei Exemplare halten, sicher ein großer Prozentjah der Gesamtauflage, die das Organ hat.

Verbandsnachrichten.

Arbeitslorenzählung.

An die am Schlusse dieses Monats wieder stattfindende Arbeits-lorenzählung seien unsere Ortsverwaltungen hiermit erinnert.

Ausflug.

Wegen unfameradschaftlichen Verhaltens und Schädigung der Organisation wird das Mitglied Maria Engelbrecht, Haupt-buchnummer 20 467 aus dem Verbands ausgeschlossen.

An unsere Ortsverwaltungen. Es kommt jetzt wieder die Zeit, wo die Reservisten vom Militär entlassen werden und zur Berufsarbeit zurückkehren.

Dieserjenige Mitglieder, welche zum Militär einberufen werden, eruchen wir, ihre Beiträge bis zum Zeitpunkt ihres Eintritts zu bezahlen und sich beim Vertrauensmann abzumelden.

Nu die Vertrauensleute und Ortsverwaltungen. Wie bekannt, wurde am 1. September 1908 auch für das Ruhrgebiet mit der Einführung der Jahreskarten begonnen.

Wesentliches. Das Arbeitersekretariat ist in der Zeit vom 10. September bis 17. Oktober d. J. nur an den letzten drei Tagen der Woche regelmäßig geöffnet und werden alle Kameraden ersucht, ihre Besuche auf diese Tage einzurichten.

Bezirk Hannover-Deister-Schaumburg-Lippe. Wegen Teilnahme an der Parteidiale ist der Kamerad Gärtner vom 1. Oktober bis 1. April nicht im Bezirk anwesend.

Krankengeldauszahlung. Sommerberg bei Schwerte. Jeden Sonntag nach dem 1. und 15 jeden Monats, vormittags von 9 bis 10 Uhr in der Wohnung des Vertrauensmannes.

Revisoren. In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:

Stettin. In diesem Monat wird eine Franzpendemärkte gefeiert. Castrop. Vom 15. bis 30. September. Salfede. Vom 15. September bis 15. Oktober.

Stettin. In diesem Monat wird eine Franzpendemärkte gefeiert. Castrop. Vom 15. bis 30. September. Salfede. Vom 15. September bis 15. Oktober.

Stettin. In diesem Monat wird eine Franzpendemärkte gefeiert. Castrop. Vom 15. bis 30. September. Salfede. Vom 15. September bis 15. Oktober.

Stettin. In diesem Monat wird eine Franzpendemärkte gefeiert. Castrop. Vom 15. bis 30. September. Salfede. Vom 15. September bis 15. Oktober.

Stettin. In diesem Monat wird eine Franzpendemärkte gefeiert. Castrop. Vom 15. bis 30. September. Salfede. Vom 15. September bis 15. Oktober.

Stettin. In diesem Monat wird eine Franzpendemärkte gefeiert. Castrop. Vom 15. bis 30. September. Salfede. Vom 15. September bis 15. Oktober.

Stettin. In diesem Monat wird eine Franzpendemärkte gefeiert. Castrop. Vom 15. bis 30. September. Salfede. Vom 15. September bis 15. Oktober.

Stettin. In diesem Monat wird eine Franzpendemärkte gefeiert. Castrop. Vom 15. bis 30. September. Salfede. Vom 15. September bis 15. Oktober.

Stettin. In diesem Monat wird eine Franzpendemärkte gefeiert. Castrop. Vom 15. bis 30. September. Salfede. Vom 15. September bis 15. Oktober.

Stettin. In diesem Monat wird eine Franzpendemärkte gefeiert. Castrop. Vom 15. bis 30. September. Salfede. Vom 15. September bis 15. Oktober.

Stettin. In diesem Monat wird eine Franzpendemärkte gefeiert. Castrop. Vom 15. bis 30. September. Salfede. Vom 15. September bis 15. Oktober.

Stettin. In diesem Monat wird eine Franzpendemärkte gefeiert. Castrop. Vom 15. bis 30. September. Salfede. Vom 15. September bis 15. Oktober.

Achtung! Verhandlungsmittglieder. Achtung!

Die Geschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung, von Otto Hue, wird voraussichtlich im Frühjahr 1910 zur Ausgabe gelangen. Damit wird ein langgehegter Wunsch erfüllt.

Das Werk wird in zwei Bänden, gut gebunden, jeder Band 400 bis 500 Seiten stark, erscheinen. Nach den vorläufigen Anordnungen wird enthalten, Band I: Darstellung des Bergbaues und der verwandten Gesteinsindustrie im Altertum (Ägypten, Karthago, Griechenland, römisches Westreich), das Sklaventum der damaligen Bergleute, ihre barbarische Drangsalierung durch einen humanitätsfreien Großkapitalismus, ihre verzweifeltsten Kämpfe usw.

Band II wird enthalten die Schilderung der Bergbau- und Bergarbeiterverhältnisse in der neuen Zeit, unter der Geltung des sogenannten "freien Arbeitsvertrages". Es wird gezeigt, wie der "freie Arbeitsvertrag" zu verstehen ist als die Entfesselung des Großkapitalismus zwecks schrankenloser Ausbeutung der Erbschätze und der Arbeiter. Geschicht wird, wie Stück die alten Knappenrechte dem Kapitalismus zum Opfer fielen, wie die Schichten veränderten, die alten Vorschriften über Bedingungen, Lohnzahlungen und Werkkontrollen abgeschafft wurden, infolgedessen die heute zutage tretende körperliche Verelendung der Bergarbeiter und die Massenverunglückungen (Wuriger Schächte, Campshausen, Neu-Hferloh, Blumenthal, Frankenhof, Brangeltschacht, Brückenbergschacht, Gibernia, Karolinengrube, Borussia, Neben, Klein-Rosfeld, Rabbob usw.) naturnotwendig kommen mußten.

und im Einverständnis mit der Verlagsgesellschaft entschlossen, Einzelzeichnungen herauszugeben. Die Vertrauensleute sind im Besitze dieser Einzelzeichnungen. Wer sich sofort einzeichnet, kann den Preis des Buches in 50 Pf. Raten abzahlen. Alles Nähere ist beim Vertrauensmann zu erfahren.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

- Brandis, Westf. Lahn. Jeden Sonnabend nach dem 15. des Monats, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Krebs.
Groß-Bohnenberg. Jeden Samstag nach dem 18. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Müller, Gewerkschaftshaus, Fährstraße.
Mahlstein. Jeden Sonntag nach dem Sonntag, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Bod in Waalrichen: Böhling der Beiträge.
Kombach. Jeden Samstag nach dem 18. und 27. des Monats, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Frieberich.
Köhligen. Jeden Samstag nach dem 18. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Dementl.
Seibewitz. Jeden dritten Sonnabend im Monat, im Gasthof in Seibewitz.
Wolmsrieden. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats.

- Schöningen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Witwe Kasper, "Kloppgarten", Schöningen.
Schöningen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Kasper in Ober-Helmsdorf.
Stöckelberg. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof in Stöckelberg.
Stöckelberg i. S. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Sandgrat.
Zenthsenthal. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Meißner.
Zenthsenthal. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn G. Radloff.
Wahlflagen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Niesberg.
Wahlflagen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Volgt.
Wolfsbühl. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Freike, "Blauer Engel", Wolfenbüttel.
Wolfsbühl. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Wölsche in Gola.
Wolfsbühl. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Wölsche in Gola.
Wolfsbühl. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Wölsche in Gola.
Wolfsbühl. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Wölsche in Gola.

Jeden dritten Sonntag im Monat

- Bernsdorf. Nachmittags 4 Uhr, im "Felsenkeller".
Eickhof. Nachmittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Koweller, Kriegerdenkmalstr. 11.
Eickhof. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthof "Zur Wage".
Dümpfen III. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn W. Scham (früher Korthaus), Holandstraße.
Eickhof. Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn A. Barthel.
Eickhof. Nachmittags 11 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Hennemann, Wierstraße.
Eickhof. Abends 8 Uhr, im Gasthof "Zum grünen Baum". Steuertag.
Eickhof. Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn A. Schneebögl.
Eickhof. Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn E. Becker.
Eickhof. Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn E. Becker.
Eickhof. Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn E. Becker.
Eickhof. Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn E. Becker.

Achtung Knappschaftsälteste der Kommission Bochum! Sonntag, den 19. September 1909, nachmittags 3 Uhr, im Bergarbeiterheim in Bochum: Quartals-Sitzung. Um allseitiges und pünktliches Erscheinen wird ersucht. Öffentliche Knappschaftsmittglieder-Versammlungen Sonntag, den 19. September 1909:

Rhein-Burgunder 95 Pl. b. Str. und b. Pl. mit Glas. Artikeliger Wein. Adressierte Adressen u. Preisliste zu 70 Pl. u. 85 Pl. Adressen u. 80 Pl. Adressen u. 12 Pl. an. Preisliste 6 weiß, 6 rot. Weinhandl. de Waal & Sohn, Gohlis 44.

Uhren auf Teilzahlung. Musikwaren und Sprechmaschinen auf Teilzahlung. Sprechmaschinen-Platten auf Teilzahlung. Goldwaren und Geschenkartikel auf Teilzahlung. Katalog mit zirka 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei. Jonass & Co., Berlin SW. 258 Belle-Alliance-Strasse 3.

So lange ich denken kann, war ich nur ein halber Mensch. Ich bin nicht müde und abgebannt gewesen, hatte, obwohl ich blutarm war, immer Rosenblüten und sah aus wie der Tod. Das ganze Jahr war ich in ärztlicher Behandlung, nahm alle möglichen blutstiftenden Mittel ein, aber von einer Besserung war keine Spur.

Öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen. Sonnabend, den 18. September 1909: Eickhof. Abends 7 Uhr, im Lokale des Kameraden Hertling (Würgergarten). Sonntag, den 19. September 1909: Eickhof. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Kameraden Hertling (Würgergarten).

Zahlstellen-Seste. Dümpfen I, II u. III. Sonntag, den 19. September cr., nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Scham, Landstraße. Osterfeld i. Westf. Sonntag, den 3. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Lenkerling (Verreiter Schürmann): Zahlstellenfest.

Belegchäfts-Versammlungen. Sonntag, den 19. Sept. 1909: Erste Kaiserwahl I. Nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Eickhof. Sonntag, den 26. September: Erste Kaiserwahl II. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Eickert in Eickhof.

Extra starke Echte Hienlong-Essenz. (Dezilil) 2 Dgt. 250 Karat, wenn 30 Pl. 6 Mark portofrei. Laboratorium E. Walker, Halle a. S., Stephansstraße 12. Lothring. Rotweine in 50 Liter zu 70 Pf. das Liter. W. Lipps, Zabern Els. 1.

Konsumverein für Bochum u. Umgegend. Eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht. Sonntag, den 26. September, nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Heinr. Vogt (früher Meuse), am Schwannemann. General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes. 2. Bericht der Revisoren und Entlastung des Vorstandes.

Nervenschwäche. Preisgekrönter, lehrreicher Vortrag von Dr. med. Walter zur Bedeutung und Heilung der Nervenschwäche. Preisgekrönter, lehrreicher Vortrag von Dr. med. Walter zur Bedeutung und Heilung der Nervenschwäche.

Protokoll vom sozialdemokratischen Parteitag Nürnberg 1908. Das neue Bett. Hochseiner rot, nicht brennender, große 1 1/2 f. Ober- und Unterbetten und 2 Kissen mit 17 Handgeldbäumen, weiß leinwandene Federkissen, das Gebett 212.30, daselbe Bett mit Daunendecke 212.35.

Verfahren vor dem Berg-Gewerbegericht. Das Schriftchen gibt Aufklärung über die Rechte und Pflichten der Bergwerber und Bergschiessgerichts-Beisitzer und enthält auch sonst manch wichtigen Fingerzeig für solche Kameraden, welche beim Berggewerbegericht Hilfe suchen müssen. Bestellungen erbeten an die Firma H. Hansmann & Co. in Bochum, Wismalhäuserstrasse 55-57.